

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per E-Mail an
dm@bag.admin.ch
tabakprodukte@bag.admin.ch

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Herr Michael Anderegg, Projektleiter TabPG
3003 Bern

Bern, 22. März 2018

Vernehmlassung: Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (Tabakproduktegesetz, TabPG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Änderung des Tabakproduktegesetzes Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Das Parlament hat Ende 2016 das Bundesgesetz über Tabakprodukte an den Bundesrat zurückgewiesen und inhaltliche Änderungen verlangt. Der neue Entwurf des Bundesrates hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Kinder und Jugendliche vor den schädlichen Auswirkungen des Tabakkonsums zu schützen. Im neuen Gesetz sollen drei Hauptaspekte festgelegt werden: erstens die Einschränkung der Tabakwerbung, der Promotion und des Sponsorings sowie zweitens ein Verbot der Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige und drittens die spezifische Regelung der Alternativprodukte wie z.B. nikotinhaltige E-Zigaretten und Tabakprodukte zum oralen Gebrauch.

Die CVP befürwortet im Grundsatz diesen neuen Vorentwurf. Beim ersten Entwurf war dabei ein Hauptziel der CVP nach wie vor der Jugendschutz. Ein Abgabeverbot sowie ein Verbot des Verkaufs an Minderjährige werden von der CVP begrüsst. In diesem Sinn beauftragte die CVP Nationalrätin Ruth Humbel den Bundesrat bereits mit der Motion ([11.3637](#)) ein gesamtschweizerisch einheitliches Abgabeverbot für Tabakprodukte sowie mit der Motion ([11.3940](#)) ein Verbot von Preisnachlässen auf Tabakprodukte einzuführen. Die CVP sprach sich zudem für eine differenzierte Behandlung der Produktkategorie aus und war gegen ein Verbot bestimmter Tabakprodukte zum oralen Gebrauch.

Anpassung der Werbeeinschränkungen

Grundsätzlich wird eine strengere Regulierung der Werbung befürwortet, namentlich wenn es um Werbung gegenüber Jugendlichen geht.

Verbot des Verkaufs und der Abgabe an Minderjährige

Ein schweizweites Abgabeverbot an Minderjährige wird von der CVP unterstützt und wurde von der CVP bereits mit der Motion 11.3637 von Ruth Humbel „Gesamtschweizerisch einheitliches Abgabeverbot für Tabakprodukte“ gefordert. Die CVP begrüsst die Umsetzung ihrer Forderung nach einem schweizweiten Mindestverkaufsalter von 18 Jahren und mehr Jugendschutz in Bezug auf Tabakprodukte und die damit

verbundene Grundlage für Testkäufe. Dabei handelt es sich um wichtige Massnahmen, den Zugang für Minderjährige zu erschweren.

Spezifische Regelung von Alternativprodukten

Die CVP unterstützt die differenzierte Regelung von neuartigen Produkten im Tabakproduktegesetz wie elektronische Zigaretten (E-Zigaretten), Tabakprodukte zum Erhitzen und Tabakprodukte zum oralen Gebrauch (Snus). Aufgrund der erhofften Auswirkungen von Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention stimmt die CVP den vorgeschlagenen Massnahmen, welche eine Reduktion des Konsums von Tabakprodukten und dessen schädlichen Auswirkungen bezwecken, zu. Es ist daher zu begrüssen, dass Tabakprodukte und E-Zigaretten neu in einem eigenständigen Gesetz behandelt werden. Damit wird den Konsumentinnen und Konsumenten eine weniger schädliche Alternative zu herkömmlichen Zigaretten geboten.

Die Regulierung von Snus ist zu begrüssen. Eine Aufnahme des Tabaks zum oralen Gebrauch zu den anderen Tabakprodukten wie den Zigaretten etc., erachtet die CVP daher als sinnvoll.

Fazit

Dieser Vorentwurf hat im Wesentlichen die Aspekte des Rückweisungsantrags aufgenommen. Neue Produkte wie elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum oralen Gebrauch (Snus) bedürfen einer Regulierung. Bei den Werbeeinschränkungen setzen wir den Fokus auf den Jugendschutz. Im Weiteren unterstützen wir ein gesamtschweizerisch einheitliches Schutzalter für Jugendliche mit einem Abgabeverbot an Minderjährige.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Evangelische Volkspartei der Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : EVP Schweiz

Adresse : Nägeligasse 9, 3011 Bern

Kontaktperson : Dr. Dirk Meisel, Leiter Kommunikation u. stv. Generalsekretär

Telefon : 079 193 12 70

E-Mail : dirk.meisel@evppev.ch

Datum : 22.03.2018

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: dm@bag.admin.ch und tabakprodukte@bag.admin.ch.
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	7
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	8
Entwurf Tabakproduktegesetz (Änderungen sind gelb markiert)	9
Unser Fazit	28

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p>Allgemeine Würdigung</p> <p>Aus Sicht der Tabakprävention ist es sehr zu begrüßen, dass Tabakprodukte und elektronische Zigaretten neu in einem eigenständigen Gesetz behandelt werden. Der überarbeitete bundesrätliche Vorschlag enthält jedoch inakzeptable Lücken vor allem auch im Bereich des wirksamen Jugendschutzes zum Beispiel vor dem Einfluss der Tabakwerbung. Sollen der gesundheitliche und volkswirtschaftliche Schaden, der Verlust an Lebensqualität und das Leid, verursacht durch den Tabakkonsum, eingedämmt werden, sind im Vorentwurf umfassende Änderungen notwendig. Das Gesetz soll einen Standard erreichen, der eine Ratifizierung der internationalen Rahmenkonvention der Weltgesundheitsorganisation über die Tabakkontrolle ermöglicht.</p>
	<p>Werbung, Promotion und Sponsoring</p> <p>Bei der Vermarktung von Tabakwaren und E-Zigaretten sind die Weichen anders zu stellen. Das Gesetz muss verunmöglichen, dass Kinder und Jugendliche weiterhin mit raffinierten Methoden von der Tabakindustrie zum Rauchen animiert werden – wie vom Parlament gefordert. Im neuen Gesetz ist den Tabakkonzernen diese Werbestrategie zu verunmöglichen und für Tabakprodukte und E-Zigaretten ein umfassendes Werbe-, Promotions- und Sponsoringverbot einzuführen. Es braucht ein lückenloses Werbeverbot für Tabakprodukte, das Printmedien, das Internet einschliesslich der sozialen Medien, Plakate, Kinos und Verkaufsstellen umfasst. Es braucht zudem ein Verbot des Sponsorings öffentlicher und privater Anlässe durch Tabakfirmen.</p> <p>Das bedingt zusätzlich unter anderem ein Verbot der Werbung am Verkaufsort und der Verkaufsförderung durch Rabatte. Heute macht die Werbung am Verkaufsort rund die Hälfte der Vermarktungsmassnahmen der Tabakindustrie aus. Aufgrund neuer Werbeeinschränkungen werden die Tabakkonzerne ihre Werbemittel in Zukunft noch mehr als bisher an die Verkaufsorte verlagern. Wichtig ist, dass dieses Verbot ebenso für E-Zigaretten ohne Nikotin und die anderen im Gesetz aufgeführten Produkte gilt. Diese könnten sonst dazu benutzt werden, um indirekt weiterhin Werbung für das Rauchen zu machen. Die Verkaufsförderung anhand von Preisermässigungen richtet sich besonders an Jugendliche, die sich oft sehr preisbewusst verhalten und Aktionen im Stil von 3 für 2 attraktiv finden.</p> <p>Die Gefahr von regulatorischen Schwächen und Gesetzeslücken ist differenzierten Regulierungen inhärent. Sie steigt weiter mit jeder zusätzlichen Ausnahmeregelung. Entsprechend schwächt und unterminiert jede Ausnahme das eigentliche Ziel der Werbeeinschränkungen.</p> <p>Wir verweisen hier auch auf die Forderungen der Motionen 17.4187 Häsler «Tabakprävention. Kinder und Jugendliche besser schützen», 17.4150 Amherd «Tabakkonsum. Kinder- und Jugendschutz», 17.4180 Ruiz «Verbot von Tabakwerbung in Verkaufsstellen», 17.4268 Gugger «Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen»)</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	<p>Verkauf</p> <p>Um den Jugendschutz wirksam zu gestalten, müssen das vom Bundesrat vorgeschlagene Verkaufsverbot für Minderjährige und die Testkäufe ergänzt werden mit einer Bewilligungspflicht für Tabakverkaufsstellen. Ebenfalls ist der Verkauf von Tabakwaren über Automaten zu untersagen. Beides sind wichtige Massnahmen, um den Zugang für Minderjährige zu beschränken und die Kontrollmöglichkeiten zu optimieren. Der Erwerb einer Bewilligung soll kostenpflichtig sein und die Verpflichtung beinhalten, die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten. Bei wiederholtem Verstoss droht die Entziehung der Bewilligung.</p> <p>Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Forderungen der Motion 17.4232 Weibel «Lizenzgebühren für Tabakverkauf».</p> <p>Der Vorentwurf erlaubt neu den Verkauf von E-Zigaretten mit Nikotin. Diese Lockerung gegenüber der heutigen Situation darf nicht dazu führen, dass die einfache Erhältlichkeit nikotinhaltiger E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche zur Eingangspforte in die Nikotinsucht wird. Deshalb ist es wichtig, dass E-Zigaretten sowohl mit Nikotin als auch ohne Nikotin den gleichen Bestimmungen wie die anderen Tabakprodukte unterliegen.</p>
	<p>Verpackung</p> <p>In Australien, Frankreich, Grossbritannien und Nordirland, Irland und Norwegen dürfen Tabakwaren nur in werbefreien Einheitspackungen verkauft werden. Beschlossen ist die Einführung in Neuseeland (2018), Ungarn (2018) und Slowenien (2020). Weitere Staaten prüfen die Einführung. Erste Forschungsergebnisse bestätigen, dass Einheitspackungen die Attraktivität des Rauchens verkleinern und den Aufhörwunsch verstärken. In der EU können die Mitgliedstaaten aufgrund der neuen Richtlinie über Tabakerzeugnisse Standardpackungen vorschreiben (Richtlinie 2014/40/EU Artikel 24).</p> <p>Die Verpackung einer Ware dient zugleich der Werbung für die Ware. Die Tabakindustrie nützt die Verpackung aus, um ihre Produkte besonders für ausgewählte Zielgruppen attraktiver zu machen. Deshalb ist das Tabakproduktegesetz so auszugestalten, dass die Werbefläche auf der Verpackung möglichst reduziert wird.</p> <p>Anpassungen an den Warnhinweisen drängen sich somit auf alle Fälle auf. Dabei ist die vorgeschlagene Unterscheidung für Tabakprodukte zum Rauchen und weiteren Produkten betreffend die Grösse der Warnhinweise abzulehnen, da alle Tabakprodukte oder E-Zigaretten die Gesundheit schädigen, in den wenigsten Fällen sich als Rauchstopp-Massnahme eignen, aber umgekehrt für Kinder und Jugendliche attraktiv sind, als Einstieg für das Rauchen.</p> <p>Optimal ist deshalb eine Adaption der werbefreien Einheitspackung für alle Tabakprodukte und E-Zigaretten. Dies betrachten wir als den Königsweg. Ersatzweise betrachten wir bereits eine Anpassung an die WHO-Empfehlungen als deutliche Verbesserung:</p> <p>Die kombinierten Warnhinweise mit Text, Bild und einem Hinweis auf die Rauchstopplinie sollen auf beiden Breitseiten je 80 Prozent belegen. Dabei wechseln sich unterschiedliche Texte und Bilder ab. Zudem sind die Warnhinweise in der oberen Hälfte der Verpackung anzubringen. Zumindest sollten die Vorschriften an die der neuen EU-Richtlinie angeglichen werden und die Vorgaben der EU-Richtlinie zu Grösse und Form der Packungen</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	<p>übernommen werden. So können beispielsweise Werbeaktionen mit extra schmalen Packungen verhindert werden, die unterschwellig suggerieren, Zigaretten seien Schlankmacher.</p>
	<p>Illegaler Handel mit Tabakwaren</p> <p>Im Vorentwurf des Bundesrates wurde auf Massnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Tabakwaren verzichtet. Das Protokoll gegen den illegalen Handel mit Tabakprodukten von 2012 verlangt als Standard ein System zur lückenlosen Überwachung und Verfolgung von Tabakwaren. Das Protokoll ist das erste Zusatzabkommen zur internationalen Rahmenkonvention über die Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation. Die EU hat in der neuen Richtlinie über Tabakerzeugnisse die zentralen Anforderungen des Protokolls übernommen.</p> <p>Fälschungssichere Sicherheitsmerkmale erlauben Behörden wie Zoll und Polizei, entlang der ganzen Lieferkette die echten von geschmuggelten oder gefälschten Produkten zu unterscheiden und gleichzeitig zu überprüfen, ob die Tabaksteuern entrichtet werden. Um ein unabhängiges und transparentes Vorgehen zu gewährleisten, muss die Kontrolle über die Produktions- und Vertriebswege durch unabhängige Drittorganisationen erfolgen und nicht durch Tabakindustrie selbst.</p> <p>Auch für die Schweiz ist ein solches Rückverfolgungssystem unentbehrlich. Zwar sind heute in der Schweiz der Schmuggel von Zigaretten und der Handel mit gefälschten Tabakwaren von untergeordneter Bedeutung. Das Rückverfolgungssystem erlaubt aber ein zuverlässiges Monitoring der Entwicklung des illegalen Handels, auf neue Entwicklungen kann frühzeitig reagiert werden. Ein Abseitsstehen der Schweiz würde Lücken in der internationalen Zusammenarbeit von Zoll und Polizei schaffen. Das Tabakproduktegesetz bietet die Chance, die möglichen Lücken von Anfang an zu verhindern.</p>
	<p>Snus</p> <p>Die gewerbsmässige Zulassung des Tabakprodukt Snus führt in der Schweiz mit Sicherheit zu einer Ausdehnung des Tabakmarktes. Davon werden in erster Linie Jugendliche betroffen sein. Mundtabak macht stark abhängig, schädigt die Mundschleimhaut und die enthaltenen krebserzeugenden Stoffe können zu Bauchspeicheldrüsen-, Mundhöhlen- und Speiseröhrenkrebs führen. Vor dem Hintergrund der unzureichenden Vorschläge des Bundesrates zur Einschränkung von Werbung, Promotion und Sponsoring im vorliegenden Entwurf, gibt es keinen Grund, das Verbot der gewerbsmässigen Einfuhr und Abgabe von Snus aufzuheben. Ein Verbot besteht ebenfalls in der Europäischen Union, ausser in Schweden. Eine Aufhebung dieser Einschränkungen steht dort nicht zur Diskussion.</p>
	<p>Konsum von E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak in öffentlich zugänglichen Räumen und Arbeitsplätzen</p> <p>Die vorgeschlagene Anpassung im Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen, wonach u.a. auch E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, begrüssen wir sehr. Eine Gefährdung von Dritten durch Inhaltsstoffe von E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak ist nach aktuellem Wissensstand nicht auszuschliessen. E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak sehen den Tabakzigaretten zum Verwechseln ähnlich. Bei Kindern und Jugendlichen wird der Eindruck geprägt, die Nikotinsucht sei eine</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, was den Konsum dieser Produkte fördern kann.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
	1.1	<p>Ausgangslage</p> <p>Der Bundesrat zeigt die Probleme der Tabakprodukte in der Einleitung in wenigen Worten auf: Es sind die einzigen Konsumgüter, die nicht ohne Gesundheitsrisiko konsumiert werden und rasch zu einer sehr erheblichen Abhängigkeit führen können. Eine dritte Besonderheit bestehe darin, dass die Hälfte der Raucherinnen und Raucher mit dem Konsum von Tabakprodukten gerne aufhören möchten. Weiter erwähnt der Bundesrat, dass der Anteil der Konsumierenden in der Bevölkerung seit 2011 nicht weiter zurückgeht und der Tabakkonsum in der Schweiz jährlich 9500 Todesopfer fordert (Verkehrsunfälle: 296 Opfer). Zuletzt beziffert er den volkswirtschaftlichen Schaden (CHF 5,6 Mia.).</p> <p>Die dargelegten Fakten werden in den folgenden Kapiteln aus nicht nachvollziehbaren Gründen wieder ignoriert.</p>
	1.3.3	<p>Anforderung an die Produkte und ihre Verpackungen</p> <p>Auf die Positivliste für Zusatzstoffe und das damit einhergehende Bewilligungssystem soll laut Bundesrat verzichtet werden. Stattdessen soll es eine Liste der verbotenen Zutaten für alle Produkte und Geräte sowie eine Liste mit den zulässigen Höchstmengen für die Emissionen von Zigaretten geben.</p> <p>Die Abkehr vom System mit einer Liste zugelassener Zusatzstoffe wird im erläuternden Bericht damit begründet, dass die Bedeutung der Zusatzstoffe im Vergleich zur Gesamttoxizität der Tabakprodukte gering sei. Diese Verharmlosung ist nicht nachvollziehbar. Wir halten fest, dass Zusatzstoffe im Zusammenhang mit dem Konsum und der Suchtsteigerung bei Menschen eine wichtige Stellung einnehmen. Die Zusatzstoffe werden beispielsweise verwendet um:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Zigarette ein unverwechselbares Aroma zu geben, • das Abbrennen der Zigarette zu steuern, • den Tabak feucht zu halten und sein Austrocknen zu verhindern, • den bitteren und scharfen Geruch des inhalierten Rauchs zu überdecken, • den inhalierten Rauch abzumildern und so dessen atemwegreizende Wirkung zu mildern (wodurch letztlich das Warnsignal des Körpers, dass der Rauch schädlich ist, beseitigt wird), • die Asche und den Rauch weiss zu färben und • das Aussehen der Zigarette zu verbessern.
	1.6.1	<p>Recht der Nachbarstaaten</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

		Die Gesetzgebung zu Tabakprodukten und E-Zigaretten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in den europäischen Staaten positiv entwickelt: Die grosse Mehrheit der europäischen Länder kennen weitergehendere Einschränkungen der Werbung, Promotion und des Sponsorings als wie sie der Bundesrat vorschlägt. Der Verband der europäischen Krebsligen sieht die Schweiz sogar als Schlusslicht bei Werbung, Promotion und Sponsoring (Tobacco Control Scale 2016 in Europe). Mindestens zwei der vier Länder um uns herum (F, I) kennen seit längerem viel weiter gehende Bestimmungen.
	1.6.2	<p>Europäisches Recht</p> <p>Auch die Gemeinschaft der EU-Staaten hat in den vergangenen Jahren schärfere Richtlinien erlassen: Die Richtlinie 2014/40/EU für Tabakerzeugnisse, die am 19. Mai 2014 in Kraft getreten ist, hat zur Folge, dass der Rückstand der Schweiz gegenüber den Staaten der europäischen Union weiter zugenommen hat. Unter anderem,</p> <ul style="list-style-type: none"> • bleiben die Warnhinweise in der Schweiz kleiner als in der EU, • bleiben die E-Zigaretten in der Schweiz schwächer reguliert als in der EU, • soll neu der Verkauf von Snus in der Schweiz erlaubt werden, während der Verkauf in der EU verboten ist (ausgenommen Schweden), • ist das Sponsoring von internationalen Anlässen EU-weit verboten.
	1.6.2	<p>Internationales Recht: WHO-Tabakkonvention</p> <p>Die Vorschläge, die der Bundesrat bringt, entsprechen spätestens seit dem Inkrafttreten der internationalen Rahmenkonvention über Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation am 27. Februar 2005 nicht mehr den internationalen Standards. Die Schweiz hat 2004 WHO-Konvention unterzeichnet. Die Ratifizierung ist seitdem Teil der jeweiligen Legislaturperioden. Weltweit haben 180 von 192 Mitgliedstaaten der WHO die Konvention ratifiziert. Neben Andorra, Liechtenstein und Monaco ist die Schweiz das einzige Land in Europa, das die WHO-Konvention noch nicht ratifiziert hat. Die geplanten gesetzlichen Änderungen müssen so angelegt sein, dass einer Ratifizierung der Konvention nichts mehr im Wege steht.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
	1	<p>Zweck</p> <p>Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass das Tabakproduktegesetz die Menschen vor den schädlichen Auswirkungen</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

		<p>des Konsums von Tabakprodukten und E-Zigaretten soll. Zu diesem Zweck seien eine Reihe von Massnahmen vorgesehen.</p> <p>Wir möchten darauf hinweisen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zu einer höchstens(!) marginal wahrnehmbaren Reduzierung der Vermarktungsmöglichkeiten durch die Tabakindustrie führen werden: Werbung ist in den meisten Publikationen, im Kino und am Verkaufsort weiterhin erlaubt. Der Werbe- und Promotionsaufwand am Verkaufsort beträgt bereits heute gegen 50 Prozent der Vermarktungsmassnahmen für Tabakprodukte. Das Sponsoring und die Verkaufsförderung (Rabattaktionen) soll gemäss dem Vorentwurf in der Praxis gar nicht eingeschränkt werden.</p> <p>Mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen kann der Zweck des Gesetzes nicht erfüllt werden.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Entwurf Tabakproduktegesetz (Änderungen sind gelb markiert)				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
	1			<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Bezeichnend für die Unzulänglichkeit dieses Gesetzesentwurfs ist, dass das Ziel den Tabakkonsum zu verringern, gestrichen wurde (im Vergleich zur ersten Botschaft).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Mit diesem Gesetz soll</p> <p>a. der Mensch vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten geschützt werden;</p> <p>b. der Konsum von Tabakprodukten verringert werden.</p>
	2	1		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Um den Einstieg von Kindern und Jugendlichen in den Tabak- und Nikotinkonsum zu verhindern, reicht es nicht, wenn lediglich einige wenige</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Bestimmungen auch auf E-Zigaretten ohne Nikotin angewendet werden. Selbst wenn E-Zigaretten für Nichtraucherinnen und Nichtraucher kaum gesundheitlich bedenkliche Stoffe freisetzen sollten (Datenreihen fehlen hierzu noch), besteht die Gefahr, dass deren Gebrauch die Schwelle zum Einstieg in den Tabak- und Nikotinkonsum von Kindern und Jugendlichen fördert (Nachahmung rauchähnliche Handlung).</p> <p>Ohne den Zusatz in Absatz 1 sind Gegenstände und Dienstleistungen, die keine funktionelle Einheit mit Tabakprodukten bilden, aber dieselbe oder eine leicht geänderte Marke wie Tabakprodukte tragen, von den Werbeeinschränkungen nicht betroffen. Damit wird der Tabakindustrie die Gelegenheit gegeben, ihre Tabakprodukte mit Nichttabakprodukten zu fördern (z.B. Kleider).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten, die auf dem Markt bereitgestellt werden; die Bestimmungen in den Artikeln 17–19 gelten auch für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt bzw. die nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigarette tragen.</p>
	2	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Buchstabe b in Absatz 2 ist eine Einladung das Gesetz zu umgehen, indem Substanzen, welche gemischt verboten wären, separat vertrieben werden (so z.B. geschehen bei der Einführung der Alkopop-Sondersteuer, wo Getränk und Alkohol an der Bar anschliessend separat gereicht wurden).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Dieses Gesetz gilt nicht für:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Tabakprodukte, deren Tabak die Konsumentinnen und Konsumenten für den Eigengebrauch selber anbauen oder die sie für den Eigengebrauch selber herstellen oder verarbeiten; b. (streichen) c. Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten, welche die Konsumentinnen und Konsumenten für den Eigengebrauch einführen; vorbehalten bleibt Artikel 27.
	3		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Die Gefahr von regulatorischen Schwächen und Gesetzeslücken ist sogenannten «differenzierten Regulierungen»</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>inhärent. Es besteht die Gefahr, dass von der Industrie bewusst neue Produkte entwickelt werden, welche nicht direkt einem der definierten Produkte zugeordnet werden können.</p> <p>Die vorgeschlagenen neuen Absätze 2 und 3 sollen verhindern, dass Begriff-Lücken im Gesetz ausgenutzt werden können. Der Absatz 3 gibt dem Bundesrat die Möglichkeit, schnell auf Entwicklungen im Markt zu reagieren.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>...</p> <p>² (neu) Falls nicht anders erwähnt, sind Tabakprodukte zum Erhitzen, Tabakprodukte zum oralen Gebrauch, pflanzliche Rauchprodukte und nikotinhalige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten, Tabakprodukten zum Rauchen gleichgestellt.</p> <p>³ (neu) Der Bundesrat kann neue Produkte einem der Produkte nach Absatz 1 Buchstabe a - f zuordnen.</p>
	4	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Der Täuschungsschutz hat bei Tabakprodukten, für deren Konsum kein gesundheitsverträglicher Grenzwert gesetzt werden kann, besondere Bedeutung.</p> <p>Damit der Täuschungsschutz nicht umgangen werden kann, braucht es zwingend ein umfassendes Vermarktungsverbot (s. Vorschläge Kapitel 4). Neutrale Tabakverpackungen tragen besonders wirksam zum Täuschungsschutz bei.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Aufmachung, die Kennzeichnung und die Verpackung der Tabakprodukte und der nikotinhaligen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten sowie die Werbung für diese Produkte dürfen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschen.</p>
	5	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten dürfen keine Zutaten enthalten, die</p> <ol style="list-style-type: none"> a. bei ihrem üblichen Gebrauch die Gesundheit unmittelbar oder in unerwarteter Weise gefährden; b. ihre Toxizität um ein signifikantes Mass erhöhen oder das Inhalieren erleichtern.
	5	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Nachfüllflüssigkeit, die in nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten und in Tabakprodukten zum Erhitzen verwendet wird, muss zudem die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Sie muss von hoher Reinheit sein. b. Ausser bei Nikotin darf sie weder in erhitzter noch in nicht erhitzter Form ein Risiko für die Gesundheit darstellen.
	5a		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Unser politischer Standpunkt zu «Snus» ergibt sich aus den von Parlament und Bundesrat vorgesehenen gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsmassnahmen fast uneingeschränkt zulassen wollen.</p> <p>Eine Annahme unserer Änderungsanträge in den Kapitel 3 (Warnhinweise) und 4 (Werbung) ist die zwingende Voraussetzung für eine Neuurteilung unseres Antrags für ein «Snus-Verbot».</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p><i>(neu) Verbot bestimmter Tabakprodukte zum oralen Gebrauch</i></p> <p>Tabakprodukte in Form eines Pulvers, eines feinkörnigen Granulats oder einer Kombination dieser Formen, insbesondere in Portionenbeuteln oder porösen Beuteln, und bestimmt zum oralen Gebrauch, jedoch nicht zum Rauchen, Inhalieren oder Kauen, dürfen nicht auf dem Markt bereitgestellt werden.</p>
	6	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Eine abschliessende Liste von gesundheitsgefährdenden Zutaten, wird nicht die vom Gesetzgeber beabsichtigte</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Wirkung entfalten, da die Liste lückenhaft ist und durch neue chemische Verbindungen leicht umgangen werden kann. In der Liste fehlt ausserdem der Zusatzstoff Menthol.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Zutaten, welche die Toxizität oder das Abhängigkeitspotenzial von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten massgeblich erhöhen oder die Inhalation erleichtern, sind verboten.</p>
	6	3	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Tabakwaren, die für die Ausfuhr in Nicht-EU-Länder bestimmt sind, weisen z.T. höhere Konzentrationen an Schadstoffen auf als die aktuell gültige Tabakverordnung zulässt. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung soll die Verantwortung der Schweiz gegenüber der Gesundheit in Drittländern wahrgenommen werden.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>³ (neu) Tabakprodukte, die für den Export bestimmt sind, unterliegen ebenfalls den Absätzen 1 und 2.</p>
	7	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Mit der Massnahme, dass Zigaretten nicht im Einzelstück verkauft werden dürfen, kann einfacher verhindert werden, dass Probierkonsumentinnen und -konsumenten nicht zu einem regelmässigen Konsum übergehen.</p> <p>Für die Hersteller von Tabakwaren werden die Packungen immer wichtiger für die Werbung, je mehr andere Formen von Werbung, Promotion und Sponsoring für Tabakwaren ausgeschlossen werden. Schmale Packungen stellen z.B. das Rauchen unterschwellig als Schlankmacher dar.</p> <p>Die Masse 44x52 mm entsprechen den Vorgaben der EU an die Produzenten.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>² (neu) Zigarettenpackungen haben folgende Abmessungen:</p> <p>a. Höhe: mindestens 44 mm;</p> <p>b. Breite: mindestens 52 mm.</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

8	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Die Höchstvolumina von 10 resp. 2 ml entsprechen den Vorgaben der EU an die Produzenten.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Behälter mit nikotinhaltigen oder nikotinfreien Nachfüllflüssigkeiten dürfen ein Volumen von höchstens 10 ml haben.</p>
8	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Siehe Artikel 8 Absatz 1.</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Kartuschen von nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Einwegzigaretten und Einwegkartuschen mit Nikotin dürfen ein Volumen von höchstens 2 ml haben.</p>
9	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Alle Verpackungen von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten müssen bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten die folgenden Angaben enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. die Sachbezeichnung nach Artikel 10; b. die Firmenbezeichnung oder die von der Oberzolldirektion zugeteilte Reversnummer des inländischen Herstellers oder des Importeurs nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b des Tabaksteuergesetzes vom 21. März 1969 ; c. das Produktionsland, sofern dieses nicht aus der Angabe nach Buchstabe c ersichtlich ist; d. die Warnhinweise nach Artikel 12 und 13.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	10	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Sachbezeichnung der Tabakprodukte und der nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten hat der Natur, der Art, der Gattung und der Beschaffenheit des Produkts zu entsprechen.</p>
	11	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die folgenden Angaben sind auf der Verpackung von Tabakprodukten, nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten bzw. auf dem Produkt selbst verboten:</p> <p>a. Angaben, Marken und figurative Zeichen, die den Eindruck erwecken, dass ein bestimmtes Produkt weniger schädlich sei als andere, wie «leicht», «mild», «ökologisch», «natürlich» oder «ohne Zusatzstoffe»;</p> <p>b. der Nikotin-, Teer- oder Kohlenmonoxidgehalt der Emissionen des Produkts.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	11	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Hinweise auf eine krankheitsheilende, -lindernde oder -verhütende Wirkung von Tabakprodukten, nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten auf der Verpackung bzw. auf dem Produkt sind verboten.</p>
	11a		<p><u>Bemerkungen</u></p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Weltweit werden jährlich Milliarden von Zigaretten geschmuggelt. Schon 1999 tauchten gemäss der Weltbank rund 30 Prozent der international exportierten Zigaretten als Schmuggelware auf den Märkten auf. 2012 schätzte die EU, dass die EU und die Mitgliedstaaten durch den Zigarettschmuggel jährlich über 10 Milliarden Euro an Zolleinnahmen verlieren. Hinzu kommen die Ausfälle bei der Tabak- und Mehrwertsteuer. Weil auf dem Schwarzmarkt Tabakwaren ohne Steuern verkauft werden, sind sie billig zu haben. Besonders für junge Menschen ist das ein Anreiz, Zigaretten zu kaufen. Damit verstärkt der illegale Handel mit Zigaretten die Tabakepidemie. Zugleich ist er äusserst profitabel, mit den Gewinnen werden oft länderübergreifende kriminelle Aktivitäten finanziert.</p> <p>Im vorgeschlagenen Gesetz fehlen Massnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Tabakwaren mittels Einführung eines lückenlosen Rückverfolgungssystems, wie es auch die neue Tabakprodukterichtlinie der EU vorsieht. Um ein unabhängiges und transparentes Vorgehen zu gewährleisten, muss die Kontrolle über die Produktions- und Vertriebswege durch unabhängige Drittorganisationen erfolgen und nicht durch Tabakindustrie selbst.</p> <p>Es ist wichtig, dass die Schweiz hier ebenfalls die notwendigen gesetzlichen Vorkehrungen zur Bekämpfung des illegalen Handels trifft.</p> <p>(Siehe auch Motion 17.4232 «Lizenzgebühren für Tabakverkauf»)</p> <p><u>Ergänzungen</u></p> <p>(neu) Rückverfolgbarkeit, Lizenz</p> <p>¹ Die Hersteller sorgen dafür, dass alle Packungen von Tabakerzeugnissen und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten, die in der Schweiz in den Verkehr gebracht werden, ein individuelles Erkennungsmerkmal haben;</p> <p>² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten des individuellen Erkennungsmerkmals und die Teilnahme am Lizenzverfahren für die Rückverfolgbarkeit.</p>
	12	2	<p><u>Bemerkungen für Art. 12 – 14:</u></p> <p>Aus präventionspolitischer Sicht ist die Einführung neutraler Tabakwarenverpackungen, wie es auch die neue EU-Tabakprodukterichtlinie für ihre Mitgliedstaaten zulässt, die optimale Lösung. Tabakprodukte stellen den häufigsten Werbeträger dar.</p> <p>Anpassungen an den Warnhinweisen drängen sich auf alle Fälle auf. Dabei lehnen wir die vom Bundesrat vorgeschlagene Unterscheidung für Tabakprodukte zum Rauchen und weiteren Produkten betreffend die Grösse der Warnhinweise aus folgenden Gründen ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Produkte nach Art. 3 Abs. b – f sind nicht gesünder als Tabakprodukte zum Rauchen, sondern im besten Fall

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>weniger schädlich (was bei den meisten dieser Produkte bis jetzt nicht abschliessend festgestellt werden konnte);</p> <p>2. Jedes dieser Produkte hat eine gewisse Attraktivität für Kinder und Jugendliche, über dessen Konsum die Kinder letztlich an die Rauchwaren herangeführt werden können.</p> <p>Bei einem Verzicht auf neutrale Verpackungen sollen zumindest die bebilderten Warnhinweise auf beiden Breitseiten der Päckchen in der oberen Hälfte aufgedruckt werden und mehr Platz einnehmen, mindestens 80 Prozent. Dies entspricht der WHO-Empfehlung (EU-Direktive legt 65 Prozent fest).</p> <p><i>Zusätzlich gilt für neutrale Verpackungen die Grundfarbe Pantone 448 C. Erlaubt sind neben den Warn- und Inhaltshinweisen nur noch der Markennamen und der Produktnamen in einer Standardschrift.</i></p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Der Bundesrat legt fest, welche Texte, Fotografien und Informationen nach Absatz 1 Buchstabe c die Verpackungen tragen müssen.</p>
	13		<p><u>Bemerkungen</u> siehe Artikel 12 Absatz 2</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Jede Verpackung muss bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten die folgenden Warnhinweise tragen:</p> <p>a. für die Tabakprodukte zum Erhitzen, zum Schnupfen, zum oralen Gebrauch: «Dieses Tabakprodukt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark abhängig»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</p> <p>b. für die pflanzlichen Rauchprodukte: «Das Rauchen dieses Produkts schädigt Ihre Gesundheit»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</p> <p>c. für die nikotinhaltenen elektronischen Zigaretten: «Dieses Produkt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark abhängig»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</p> <p>d. (neu) für die nikotinfreien elektronischen Zigaretten: «Dieses Produkt schädigt Ihre Gesundheit»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</p>
	14		<p><u>Bemerkungen</u> siehe Artikel 12 Absatz 2</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>¹ Der Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe a ist auf dem unteren Teil einer der seitlichen Oberflächen der Verpackung anzubringen.;</p> <p>² Der Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b ist auf dem unteren Teil einer der seitlichen Oberflächen der Verpackung anzubringen.</p> <p>³ (neu) Die Warnhinweise nach Artikel 13 sind je auf dem unteren Teil beider seitlichen Oberflächen der Verpackung anzubringen.</p> <p>⁴ Der kombinierte Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c muss ohne Rahmen 80 Prozent der äusseren Vorder- als auch der äusseren Rückseite der Packung abdecken; vorbehalten bleibt Absatz 5.</p> <p>⁵ Bei Verpackungen, die nicht für Zigaretten bestimmt sind und deren am ehesten ins Auge fallende Oberfläche grösser ist als 75 cm², müssen die Warnhinweise auf jeder Seite mindestens 60 cm² gross sein.</p> <p>⁶ Die Warnhinweise dürfen nicht an einer Stelle angebracht sein, an der sie beim Öffnen der Packung zerstört oder entfernt werden.</p> <p>⁷ Sie müssen zudem auf jeder Aussenverpackung, mit Ausnahme einer durchsichtigen Hülle, enthalten sein.</p>
	15		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Behälter mit nikotinhaltigen oder nikotinfreien Nachfüllflüssigkeiten und Kartuschen müssen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. kindersicher sein; b. bruchsicher sein; c. über einen auslauffreien Mechanismus für die Nachfüllung verfügen.
	16	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Jede Verpackung von nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten und von Tabakprodukten zum Erhitzen muss eine Produktinformation mit den folgenden Angaben enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Gebrauchs- und Aufbewahrungsanweisungen für das Produkt; b. den Hinweis, dass das Produkt nicht für den Gebrauch durch Minderjährige und Nichtraucher empfohlen wird; c. Kontraindikationen; d. Warnungen für Risikogruppen; e. mögliche schädliche Auswirkungen; f. Suchtpotenzial und Toxizität; g. Kontaktangaben des Herstellers oder Importeurs.
	17		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Art. 17, Abs. 1 ist zu so ergänzen, dass auch das Brand stretching (Markentransfer) zweifelsfrei verhindert werden.</p> <p>Zudem möchten wir unterstreichen, dass wir an der Forderung nach einem umfassenden Verbot der Werbe- und Promotionsmassnahmen festhalten. Partielle Werbeeinschränkungen führen nicht zu einer Abnahme der Werbung und Promotion von Tabak- und Rauchprodukten, sondern zu einer Verschiebung der entsprechenden Vermarktungsmassnahmen. Entsprechend schwächt und unterminiert jede Ausnahme das eigentliche Ziel der Werbeeinschränkungen.</p> <p>Aus unserer Sicht soll jede Art der Werbung für Tabakprodukte verboten werden. Das macht im Prinzip eine Aufzählung der Ausgestaltung, Werbeträger und Orte überflüssig.</p> <p>(Siehe auch die Motionen 17.4187 «Tabakprävention. Kinder und Jugendliche besser schützen», 17.4150 «Tabakkonsum. Kinder- und Jugendschutz», 17.4180 «Verbot von Tabakwerbung in Verkaufsstellen», 17.4268 «Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen»)</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>¹ Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen, ist verboten.</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>2 (neu) Tabakprodukte und E-Zigaretten dürfen von</p> <p>a. ausserhalb des Verkaufsortes nicht sichtbar sein,</p> <p>b. am Verkaufsort weder offen aufgelegt noch beworben werden.</p> <p>3 Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, in Radio und Fernsehen ist gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen verboten.</p>
	17a		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Mit begründeter Wahrscheinlichkeit investieren die Marketingabteilungen der Tabakmultis in der Schweiz viel Geld in Discount-Aktionen – Stil 3 für 2 - verbunden mit Aktivitäten am Verkaufsort und in Bars und Discos. In den USA machen Discount Aktionen inzwischen den Hauptanteil an Tabakmarketingaktivitäten aus. (Quelle Federal Trade Commission, Cigarette Report, for 2011, erschienen 2013)</p> <p>Discount-Aktionen unterlaufen die Preispolitik, die darauf abzielt, die Attraktivität des Anschaffens von Tabakwaren zu reduzieren. Die Hürden zum Kauf werden so vor allem für jüngere, oft noch in der Experimentierphase stehende ab und zu Rauchende herabgesetzt, was wiederum den Einstieg in einen regelmässigen Konsum begünstigt.</p> <p>Mit der vorgeschlagenen Änderung sollen weitere Marktbearbeitungsmassnahmen der Tabakindustrie, die sich insbesondere an ein jugendliches Publikum richten, verhindert werden.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>(neu) Verkaufsförderung</p> <p>Die Förderung des Verkaufs von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektrischen Zigaretten sowie von Gegenständen, die eine funktionelle Einheit mit einem genannten Produkt bilden, ist verboten, wenn sie geschieht:</p> <p>a. durch unentgeltliche Abgabe;</p> <p>b. durch Preisnachlässe, oder;</p> <p>c. durch die Abgabe von Geschenken oder Preisen.</p>
	17b		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Nach wie vor ist der Auftritt der Tabakbranche an Jugendanlässen (z.B. Open air Festivals) sehr stark. Sie markieren aber auch Präsenz an Prestigeanlässen, wie z.B. das Montreux-Jazz-Festival, die ein älteres Publikum ansprechen.</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Dabei spielt sicher das Einstimmen auf künftige Auseinandersetzungen hinsichtlich Tabakmarketing eine Rolle.</p> <p>Der Sponsor erhofft sich von seinem Engagement einen Imagetransfer. Die Tabakindustrie will sich die Werte, die Kulturanlässe liefern, zu Eigen machen. Das gelingt ihr sowohl als Sponsor von Anlässen, die ein junges Publikum anziehen als auch bei Anlässen für ein älteres Publikum. Gleichzeitig ergibt sich an diesen Anlässen die Möglichkeit, mit der Zielgruppe in einen persönlichen Kontakt zu treten.</p> <p>Um die Anreize zum Einstieg in die Tabakabhängigkeit zu vermindern, ist ein Sponsoringverbot eine bedeutende Massnahme. Tabaksponsoring prägt aber auch das gesellschaftliche Bild von Tabakprodukten. Mittels Sponsoringmassnahmen positioniert sich die Tabakindustrie als unersetzlicher Akteur z.B. im Kulturbereich. So werden Abhängigkeiten geschaffen, die für eine aus gesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Sicht notwendige Reduktion des Konsums von Tabakprodukten hinderlich ist. Die Vergabetätigkeit verschafft der Tabakindustrie Einfluss auf Institutionen und Organisationen des öffentlichen Lebens und beeinflusst damit indirekt die Politik. Mit der Spendentätigkeit versuchen Tabakkonzerne das Geschäft mit Krankheit und Tod zu verharmlosen und ihr Image aufzupolieren</p> <p>Sponsoring ist deshalb generell zu verbieten.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>(neu) Sponsoring</p> <p>Sponsoring inkl. Spenden und Zuwendungen an Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter sind untersagt.</p>
	19		<p>Art. 19 ist sehr wichtig, um den Kantonen die Möglichkeit zu geben, weitere Regelungen vorzusehen.</p>
	20	3	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Absatz 3 drei wird mit dem neuen Art. 20a hinfällig.</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>³ (streichen)</p>
	20a		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Für ein Automatenverbot spricht u.a. die Tatsache, dass auch mit den modernsten Systemen nicht verhindert werden kann, dass Kinder und Jugendliche Tabakwaren über Automaten beziehen können.</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>(neu) Verbot von Automaten</p> <p>Der Verkauf von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten, mittels Automaten, ist verboten.</p>
	21		<p>Testkäufe sind eine sinnvolle Ergänzung zur Bewilligungspflicht Abgabe (Art. 26a) und zum Automatenverbot (Art. 20a).</p>
	22	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Wer Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten auf dem Markt bereitstellt, ist hinsichtlich der Einhaltung der Anforderungen dieses Gesetzes zur Selbstkontrolle verpflichtet.</p>
	23	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Wer Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten auf dem Markt bereitstellt, ist hinsichtlich der Einhaltung der Anforderungen dieses Gesetzes zur Selbstkontrolle verpflichtet.</p>
	25	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Wer Tabakprodukte oder elektronische Zigaretten herstellt oder einführt, muss dem BAG die Zusammensetzung der Produkte melden, die er oder sie auf dem Markt bereitstellt. Für Zigaretten muss er oder sie zusätzlich die Emissionen</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			der Produkte melden.
	25a		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Der Vorschlag, dass die Gesamtbeträge für jede Ausgabenkategorie veröffentlicht werden, verschafft Einblick in die von der Tabakindustrie getroffenen Vermarktungsmassnahmen. Mögliche Schlupflöcher in der Gesetzgebung sind so rascher erkennbar und erleichtern das Treffen entsprechender Vorkehrungen. Je weniger die Tabakindustrie direkt mit ihren Produkten in Erscheinung treten kann, desto intensiver wird sie versuchen, ihr Ansehen in der Gesellschaft und dadurch indirekt auch jenes ihrer Produkte mittels Spenden und Zuwendungen zu steigern.</p> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>(neu) Meldung der Ausgaben für Werbung, Spenden und sonstigen Zuwendungen</p> <p>Wer Tabakprodukte oder elektronische Zigaretten herstellt oder einführt, muss dem BAG jährlich die Höhe der Ausgaben für Werbung, Spenden und sonstige Zuwendungen in der Schweiz im Zusammenhang mit diesen Produkten melden.</p>
	26	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Wer feststellt, dass von ihm auf dem Markt bereitgestellte Tabakprodukte und nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten eine Gefahr für die Gesundheit nach Artikel 5 darstellen, muss sicherstellen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten möglichst wenig geschädigt werden, namentlich indem er die Produkte zurücknimmt oder zurückruft.</p>
	26a		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Die Kontrolle zur Einhaltung des Abgabeverbots an Minderjährige ist mit einer Bewilligungspflicht der Abgabestellen einfacher zu bewerkstelligen. Die Vergabe der Bewilligungen soll zudem an einen Beitrag gebunden sein, mit dessen Ertrag die Kontrollen finanziert werden.</p> <p>(Siehe auch Motion 17.4232 «Lizenzgebühren für Tabakverkauf»)</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>(neu) Bewilligungspflicht Abgabe</p> <p>¹ Die gewerbsmässige Abgabe von Tabakprodukten, nikotinhalten oder nikotinfreien Zigaretten ist bewilligungspflichtig;</p> <p>² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten der Bewilligungspflicht und der Kontrolle.</p>
	27		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Der Bundesrat kann zur Verhinderung der gewerbsmässigen Einfuhr die Menge an Tabakprodukten und nikotinhalten oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten festlegen, die eine Konsumentin oder ein Konsument zum Eigengebrauch einführen darf.</p>
	28	2	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Er überwacht die Tabakprodukte und die nikotinhalten oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten bei ihrer Einfuhr.</p>
	34	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen informieren die Öffentlichkeit über bekannte oder vermutete</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Gesundheitsrisiken der Tabakprodukte und der nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten.</p>
34	3		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p>Durch Fehlinformationen der Tabakindustrie werden die Konsequenzen des Tabakkonsums immer wieder verharmlost. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung soll es auch Behörden und Behörden nahestehenden Organisationen und Institutionen ausdrücklich erlaubt sein, über solche irreführende Fehlinformation zu informieren oder entsprechende Massnahmen von Dritten zu unterstützen.</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Sie informieren die Öffentlichkeit insbesondere über wissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse im Bereich des Gesundheitsschutzes im Zusammenhang mit Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten und der Prävention der durch den Konsum dieser Produkte verursachten Krankheiten und über Fehlinformationen, die die gesundheitlichen Folgen des Konsums verharmlosen.</p>
40			<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Der Bundesrat lässt offen aus welchen Quellen der Bund bzw. die Kantone die Kosten finanzieren wollen. Es besteht die Gefahr, dass dies zulasten der Beiträge an die Tabakprävention geht.</p> <p>Die vorgeschlagene Koppelung einer Gebühr an die Bewilligungspflicht hat den Vorteil, dass die Finanzierung klar geregelt ist, die Mittel für die Prävention nicht tangieren werden und keine Belastung für die Nichtraucher und Nichtraucherinnen entstehen.</p> <p>(Siehe auch Motion 17.4232 «Lizenzgebühren für Tabakverkauf»)</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Art. 40 Gebühr</p> <p>¹ Für die Bewilligung nach Artikel 26a (neu) (Bewilligungspflicht Abgabe) wird eine Gebühr erhoben;</p> <p>² Die Höhe der Gebühr nach Absatz 1 richtet sich nach den gemeinsamen Kosten der Kontrollen und Massnahmen von Bund und Kantonen.</p> <p>³ Der Bundesrat finanziert die Kontrollen und die Massnahmen der Vollzugsorgane des Bundes durch die Einnahmen</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>der Gebühr nach Absatz 1.</p> <p>⁴ Der Bund vergütet den Kantonen ihre Kosten für den Vollzug dieses Gesetzes aus den Einnahmen der Gebühr nach Absatz 1.</p>
	41		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Siehe Artikel 40</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Art. 41 (streichen)</p>
	42	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich Tabakprodukte oder elektronische Zigaretten auf dem Markt bereitstellt, die Zutaten enthalten, die bei ihrem üblichen Gebrauch die Gesundheit unmittelbar oder in unerwarteter Weise gefährden (Art. 5 Abs. 1).</p>
	43	1	<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>In Übereinstimmung mit den Änderungsvorschlägen zu den Art. 27a (neu) und 40 ist hier auch noch der Lizenzentzug zu integrieren.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Diese Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen können. Deshalb schlagen wir die entsprechende Präzisierung vor (siehe auch Art. 2).</p> <p><u>Änderungsanträge</u></p> <p>Mit Busse bis zu 40 000 Franken und dem Entzug der Lizenz wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend den Täuschungsschutz (Art. 4) zuwiderhandelt: b. Tabakprodukte oder elektronische Zigaretten auf dem Markt bereitstellt, deren Zusammensetzung oder

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Emissionen nicht den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen (Art. 5 Abs. 2 und 3 und Art. 6);</p> <p>c. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend Verpackung (Art. 7–16) zuwiderhandelt;</p> <p>d. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend Werbung (Art. 17 - 18) zuwiderhandelt; Zuwiderhandlungen gegen Artikel 17 Absatz 2 werden gemäss dem Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen geahndet;</p> <p>e. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend die Abgabe an Minderjährige (Art. 20) zuwiderhandelt, sofern ihr oder sein Arbeitgeber nicht nach Absatz 4 strafbar ist;</p> <p>f. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend die Pflichten der Unternehmen und die Einfuhrbeschränkungen (Art. 22–27) zuwiderhandelt;</p> <p>g. den zuständigen Behörden die verlangten Auskünfte oder Proben (Art. 35) verweigert.</p>
	48		<p><u>Bemerkungen</u></p> <p>Es gibt keinen Grund wieso den Produzenten die Möglichkeit gegeben werden soll, grosse Lagerbestände nach altem Recht zu produzieren, welche anschliessend über Jahre verkauft werden können. Eine Übergangsfrist von einem Jahr genügt, um bestehende Lagerbestände zu verkaufen.</p> <p><u>Änderungsanträge</u></p> <p>Tabakprodukte, die zur Bereitstellung auf dem Markt bestimmt sind und deren Kennzeichnung Artikel 9–14 nicht entspricht, dürfen noch während eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht eingeführt hergestellt und an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden.</p>
	Anhang 1		<p>streichen Anhang 1 (siehe Artikel 6)</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input checked="" type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Inselgasse 1
3001 Berne

Berne, le 21 mars 2018 / nb
VL_TabPG

Par email: dm@bag.admin.ch
tabakprodukte@bag.admin.ch

Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab) Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

Dans sa réponse de consultation au premier projet de loi, PLR.Les Libéraux-radicaux approuvait la création d'une base légale spécifique pour les produits du tabac. Il signalait cependant que la nouvelle loi ne devait pas aller plus loin que l'ordonnance déjà existante (OTab). Or, le projet présenté par le Conseil fédéral présentait des lacunes importantes. Pour cette raison, le Parlement a décidé de le renvoyer au Conseil fédéral. Cette réponse de consultation suit les trois éléments principaux de ce mandat.

Pour rappel, le pourcentage de fumeurs en Suisse est en recul. Une régulation très stricte des produits du tabac est donc superflue. La population est au courant des risques liés à la consommation de tabac. Les citoyens sont tout à fait à même d'évaluer les conséquences de cette consommation et n'ont dès lors pas besoin d'être mis sous tutelle.

1. Protection des mineurs

Ce projet prévoit de fixer l'âge minimal pour l'achat de produits du tabac à 18 ans, ceci dans l'ensemble de la Suisse. Il prévoit également la création d'une base légale pour la réalisation d'achats tests. Ces deux nouveautés correspondent pleinement au mandat donné au Conseil fédéral et sont donc saluées par le PLR.

En revanche, concernant l'interdiction de la publicité ciblée sur les mineurs, le projet va bien au-delà du mandat qui lui a été confié. Au lieu d'une interdiction de la publicité ciblée sur les mineurs, le DFI propose dans les faits une interdiction de toute publicité qui ne s'adresse pas explicitement et exclusivement aux adultes, ce qui n'est évidemment pas acceptable:

- › Selon l'art. 17 al. 2 let. a., la publicité devrait être interdite dans les journaux, revues ou autres publications gratuites accessibles aux mineurs. L'introduction de la notion d'accessibilité ne tient pas la route. A peu d'exceptions près, tous les supports médiatiques gratuits sont accessibles d'une manière ou d'une autre aux mineurs. On ne peut pourtant pas considérer la publicité contenue dans ces supports médiatiques comme étant ciblée sur les mineurs.
- › Selon l'art. 17 al. 2 let. b., la publicité devrait être interdite sur Internet, à l'exception:
 1. des sites payants ne s'adressant pas spécialement aux mineurs, et
 2. des sites dont l'accès est réservé aux adultes.Au lieu d'interdire la publicité sur internet dans son ensemble et de proposer les deux exceptions évoquées ci-dessus, il conviendrait plutôt de l'autoriser et d'émettre des restrictions pour les sites s'adressant explicitement à un public jeune. Ce mode de faire serait plus conforme au mandat du Parlement, puisqu'il aborderait spécifiquement la publicité ciblée sur les mineurs.

2. Restrictions en matière de publicité, de promotion et de parrainage, et dépenses de marketing

Le PLR salue le fait que les restrictions en matière de promotion et de parrainage, prévues dans le premier projet, ne trouvent plus leur place dans cette deuxième version. Il en est de même pour l'obligation imposée aux entreprises concernées de publier le montant de leurs dépenses de marketing. Ces mesures constituaient en effet une grave entrave à la liberté économique de ces entreprises.

Pour ce qui a trait à la publicité, les restrictions vont trop loin. Les mesures présentées au point 1 sont disproportionnées. Sous le couvert de l'interdiction de la publicité ciblée sur les mineurs, c'est une interdiction beaucoup plus large que le DFI veut imposer. Le Conseil fédéral doit se contenter d'interdire la publicité qui vise directement et explicitement les mineurs, selon le mandat qui lui a été confié par le Parlement.

3. Législation pour les produits alternatifs

Il est positif que ce nouveau projet prévoit la légalisation des cigarettes électroniques avec nicotine, des produits du tabac à chauffer et des produits du tabac à usage oral snus. Ces produits sont déjà monnaie courante en Suisse. Il était donc impératif qu'une reconnaissance légale leur soit accordée.

Cependant, le Parlement demandait au Conseil fédéral de prévoir une réglementation spécifique pour ces produits. Cet exercice n'est que partiellement réussi. Le choix de soumettre sans distinction aucune les produits n'émettant pas de fumée - cigarettes électroniques ou les produits de tabac à chauffer - à la loi sur la fumée passive, est difficilement compréhensible. De plus, aucune réglementation spécifique n'est prévue pour ces produits en matière de publicité. Or, une différenciation s'impose étant donné que les produits ne contenant pas de nicotine sont tout de même bien moins nocifs que les produits de tabac traditionnels et qu'ils constituent donc une alternative intéressante pour les fumeurs.

En somme, le PLR salue le fait que ces nouveaux produits soient reconnus au plan légal. Il demande cependant que les différentes réglementations (publicitaires, fumée passive, etc.) tiennent compte des propriétés très variées des produits en question.

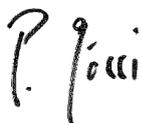
Autres remarques

L'art. 11 al. 1 let. b. stipule qu'il est interdit d'indiquer sur l'emballage des produits leurs teneurs en nicotine, goudron ou autre. Cette mesure va à l'encontre des efforts de transparence entrepris dans tout le secteur alimentaire. Aussi, dans le cas du tabac et par souci de transparence, le consommateur devrait avoir le droit de connaître le degré de nocivité des produits qu'il consomme. L'art. 5 al. 1 let. b. vise à interdire les substances facilitant l'inhalation des produits du tabac et cigarettes électroniques. Cette restriction ne devrait pas être retenue, pour la raison suivante: le PLR propose que ces deux éléments soient traités ensemble et modifiés comme suit: la lettre b de l'art. 11 al. 1 est supprimée et la référence « facilite leur inhalation » de l'art. 5 al. 1 let. b est biffée. Si les teneurs en nicotine, goudron ou autre, sont indiquées sur les emballages, il n'y a aucune raison d'interdire les substances facilitant l'inhalation des produits du tabac et cigarettes électroniques. Le consommateur pourrait dès lors faire ses choix en toute connaissance de cause.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général



Petra Gössi
Conseillère nationale

Samuel Lanz

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Grünliberale Partei Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : glp

Adresse : Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kontaktperson : Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Telefon : 079 560 56 63

E-Mail : ahmet.kut@parl.ch

Datum : 21. März 2018

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: dm@bag.admin.ch und tabakprodukte@bag.admin.ch.
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	7
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	10
Entwurf Tabakproduktegesetz	13
Unser Fazit	18
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	19

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
glp	<p>Allgemeine Würdigung</p> <p>Aus Sicht der Tabakprävention ist es sehr zu begrüßen, dass Tabakprodukte und elektronische Zigaretten neu in einem eigenständigen Gesetz behandelt werden. Die Grünliberalen haben die Rückweisung der ursprünglichen Vorlage an den Bundesrat abgelehnt, weil dadurch nur wertvolle Zeit verloren gegangen ist. Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Die frühere Vorlage war jedoch überladen. Es geht darum, die richtige Balance zwischen einem besseren Gesundheitsschutz und der Bewahrung einer liberalen und damit freiheitlichen Grundhaltung zu finden. Die Grünliberalen begrüßen daher, dass die überarbeitete Vorlage stärker auf die kritischen Punkte fokussiert, insbesondere auf den Kinder- und Jugendschutz sowie auf Alternativprodukte wie E-Zigaretten und Snus.</p>
glp	<p>Werbung, Promotion und Sponsoring</p> <p>Kinder und Jugendliche dürfen von der Tabakindustrie nicht zum Rauchen animiert werden. Für Tabakprodukte und E-Zigaretten ist ein entsprechendes Werbe-, Promotions- und Sponsoringverbot einzuführen. Das bedeutet unter anderem ein Verbot der Werbung am Verkaufsort und der Verkaufsförderung durch Rabatte. Zusätzlich ist das Sponsoring von Anlässen zu verbieten, an denen viele Jugendliche teilnehmen (z.B. Openair-Festivals).</p>
glp	<p>Verkauf</p> <p>Um den Jugendschutz wirksam zu gestalten, müssen das vom Bundesrat vorgeschlagene Verkaufsverbot für Minderjährige und die Testkäufe mit einer Verkaufsbewilligung für alle am Handel mit Tabakwaren beteiligten Personen ergänzt werden. Der Erwerb einer Bewilligung soll kostenpflichtig sein und die Verpflichtung beinhalten, die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten. Bei wiederholtem Verstoss soll die Entziehung der Bewilligung drohen.</p> <p>Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Forderungen der Motion 17.4232 Weibel «Lizenzgebühren für Tabakverkauf».</p> <p>Der Vorentwurf erlaubt neu den Verkauf von E-Zigaretten mit Nikotin. Diese Lockerung gegenüber der heutigen Situation darf nicht dazu führen, dass die einfache Erhältlichkeit nikotinhaltiger E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche zur Eingangspforte in die Nikotinsucht wird. Deshalb ist es wichtig, dass E-Zigaretten sowohl mit Nikotin als auch ohne Nikotin den gleichen Bestimmungen wie die anderen Tabakprodukte unterliegen.</p>
glp	<p>Illegaler Handel mit Tabakwaren</p> <p>Das Protokoll gegen den illegalen Handel mit Tabakprodukten von 2012 verlangt als Standard ein System zur lückenlosen Überwachung und Verfolgung von Tabakwaren. Das Protokoll ist das erste Zusatzabkommen zur internationalen Rahmenkonvention über die Tabakkontrolle der</p>

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	<p>Weltgesundheitsorganisation. Die EU hat in der neuen Richtlinie über Tabakerzeugnisse die zentralen Anforderungen des Protokolls übernommen.</p> <p>Fälschungssichere Sicherheitsmerkmale erlauben Behörden wie Zoll und Polizei, entlang der ganzen Lieferkette die echten von geschmuggelten oder gefälschten Produkten zu unterscheiden und gleichzeitig zu überprüfen, ob die Tabaksteuern entrichtet werden. Um ein unabhängiges und transparentes Vorgehen zu gewährleisten, muss die Kontrolle über die Produktions- und Vertriebswege durch unabhängige Drittorganisationen erfolgen und nicht durch Tabakindustrie selbst.</p> <p>Auch für die Schweiz ist ein solches Rückverfolgungssystem unentbehrlich. Zwar sind heute in der Schweiz der Schmuggel von Zigaretten und der Handel mit gefälschten Tabakwaren von untergeordneter Bedeutung. Das Rückverfolgungssystem erlaubt aber ein zuverlässiges Monitoring der Entwicklung des illegalen Handels, auf neue Entwicklungen kann frühzeitig reagiert werden. Ein Abseitsstehen der Schweiz würde Lücken in der internationalen Zusammenarbeit von Zoll und Polizei schaffen. Das Tabakproduktegesetz bietet die Chance, die möglichen Lücken von Anfang an zu verhindern.</p>
glp	<p>Konsum von E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak in öffentlich zugänglichen Räumen und Arbeitsplätzen</p> <p>Die vorgeschlagene Anpassung im Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen, wonach unter anderem auch E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, begrüßen wir sehr. Eine Gefährdung von Dritten durch Inhaltsstoffe von E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak ist nach aktuellem Wissensstand nicht auszuschliessen. E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak sehen den Tabakzigaretten zum Verwechseln ähnlich. Bei Kindern und Jugendlichen wird der Eindruck geprägt, die Nikotinsucht sei eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, was den Konsum dieser Produkte fördern kann.</p>
glp	

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp	

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
glp		

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp		

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp		

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"		
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
glp		

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp		

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp		

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp				

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp				

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp				

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

glp				

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

2 Zeilen einfügen

Ganze Zeile mit leeren grauen Feldern markieren (die Zeile wird blau hinterlegt)

Control-C für Kopieren

Control-V für Einfügen



3 Dokumentschutz wieder aktivieren

Vernehmlassung Tabakproduktegesetz

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation :

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse :

Kontaktperson :

Telefon :

E-Mail :

Datum :

Wichtige Hinweise:

- Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen
- Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben
- Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden
- Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am 12. September 2014 an folgende E-Mail Adresse: dm@baq.admin.ch und tabak@baq.admin.ch

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avis donné par

Nom / société / organisation : Les Verts suisses

Abréviation de la société / de l'organisation : Verts

Adresse : Waisenhausplatz 21

Personne de référence : Gaëlle Lapique

Téléphone : 031 326 66 07

Courriel : gaelle.lapique@verts.ch

Date : 22.03.2018

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : dm@bag.admin.ch et tabakprodukte@bag.admin.ch
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

Nous vous remercions de votre collaboration!

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Table des matières

Remarques générales _____	3
Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire ») _____	7
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire » _____	10
Projet de loi sur les produits du tabac _____	13
Notre conclusion _____	20
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes _____	21

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
Verts	Les Verts suisses demandent que cet avant-projet de loi soit révisé en profondeur. En Suisse, quelque 9500 personnes meurent du tabac (« première cause évitable de décès en Suisse », p. 2 du rapport explicatif du Conseil fédéral). Si les profits vont dans les poches des multinationales du tabac, les coûts sociaux, humains et financiers sont à la charge des victimes, de leur famille et de la collectivité. Et pour pouvoir continuer leur business morbide, les multinationales du tabac doivent recruter chaque jour de nouveaux consommateurs et ce sont notamment les adolescents qui sont ciblés.
Verts	Pour les Verts, cet avant-projet est plus que lacunaire : les mesures proposées ne permettent pas de mettre en œuvre les objectifs de la loi, pourtant déjà timorés, de santé publique et de protection de la jeunesse. La suppression de l'objectif de réduction de la consommation (art. 1) est d'ailleurs révélatrice de l'insuffisance de ce projet.
Verts	Les Verts regrettent également l'extrême prudence du Conseil fédéral en termes de restrictions de la publicité et du parrainage. Avec ce projet de loi, les limitations de la publicité ne seront que marginales. Elle restera autorisée dans la plupart des publications, au cinéma, dans l'espace public et sur les lieux de vente. Seule une interdiction générale de la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques peut être véritablement efficace pour réduire substantiellement la publicité et l'entrée en consommation des jeunes. La promotion et le parrainage de manifestations culturelles et sportives doivent également être interdits.
Verts	La Suisse est la lanterne rouge des pays européens en termes de restrictions de publicités et de normes appliquées aux emballages. Nos pays voisins ont tous adopté au cours de ces dernières années des législations restrictives – bien plus strictes que celle proposée ici par le Conseil fédéral. Le droit européen a connu des développements similaires. De plus, cet avant-projet, s'il n'est pas modifié ne permettra pas à la Suisse de ratifier l'importante convention-cadre de l'OMS pour la lutte anti-tabac (février 2005). Avec le Liechtenstein, Monaco et Andorre, elle sera ainsi le seul Etat européen à rester hors de ce cadre international.
Verts	Les Verts tiennent finalement à saluer les quelques petites avancées de cet avant-projet : une seule loi adhoc pour encadrer à la fois les produits du tabac et cigarettes électroniques ; interdiction nationale de vente aux mineurs ; e-cigarettes et produits à base de tabac chauffé seront désormais dans le champ d'application de la loi sur la protection contre le tabagisme passif.
Verts	
Verts	

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts	

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts	

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Vers	
Vers	
Vers	
Vers	

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts		

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »		
nom/société	art.	remarque / suggestion :
Verts		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts		

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avant-projet de loi sur les produits du tabac				
nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
Verts	1			Cet article 1 doit être complété par l'objectif de réduction de la consommation.
Verts	2	1		Cet al. 1 doit également inclure les articles et services qui ne forment pas une unité fonctionnelle avec des produits du tabac mais portent la même marque ou légèrement modifiée. Autrement, l'industrie du tabac pourrait avoir la possibilité de promouvoir ses produits et leurs « qualités » via la publicité pour des vêtements, par exemple.
Verts	3			Les Verts saluent le fait que la cigarette électronique soit associée aux produits du tabac et fasse également l'objet de réglementations. En effet, même si ces cigarettes ne s'avéraient pas être nocives pour la santé des fumeurs et des non-fumeurs, il existe un risque que leur consommation encourage le passage à la consommation de tabac chez les enfants et les jeunes (imitation du geste). Il est donc essentiel que toutes les dispositions de projet s'appliquent à la fois aux cigarettes électroniques avec et sans nicotine.
Verts	6	1		Les additifs jouent un rôle essentiel dans la consommation et la dépendance. Les Verts demandent donc qu'il soit fait usage d'une liste positive des additifs autorisés. Une « simple » liste des produits interdits peut être facilement contournée par le législateur.
Verts	6	3		Les produits du tabac destinés à être exportés doivent être soumis aux mêmes normes que celles appliquées au marché intérieur. La Suisse doit prendre ses responsabilités en matière de santé publique en Suisse, mais également avec ses exportations à l'attention de pays tiers. L'absence de standards minimaux pour les produits destinés à l'exportation est de plus en contradiction avec l'Agenda 2030 adopté par le Conseil fédéral (17 objectifs pour le développement durable).
Verts	7	2		<p>Avec les mesures (timorées) visant à restreindre la publicité, l'emballage risque de devenir un support publicitaire qui gagne en importance. Les Verts demandent donc qu'il soit au moins possible d'introduire une prescription relative à des emballages neutres, non promotionnels, dans la future ordonnance sur le tabac.</p> <p>Les Verts demandent également que cette nouvelle loi prévoit l'introduction d'un système de contrôle de traçabilité complet et indépendant afin de lutter contre le commerce illicite et les contrefaçons. Des marques de sécurité non falsifiables permettent par ex. une meilleure protection des consommateurs face aux cigarettes de contrefaçon et de mieux lutter contre le commerce illicite. Ce contrôle devrait être mené par des organisations indépendantes de l'industrie du tabac pour garantir une procédure transparente.</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts	17	1		<p>Publicité et parrainage sapent non seulement la motivation de ceux qui désirent arrêter de fumer, mais rendent également la consommation du tabac attractive auprès des jeunes, ce qui facilite leur « passage à l'acte ». Les jeunes continuent en effet de constituer la cible principale des stratégies marketing de l'industrie du tabac en Suisse, comme le montre une étude de la Commission fédérale pour la prévention du tabagisme. Ce rapport conclut que « si une personne n'a pas commencé de fumer à l'âge de 21 ans, il est peu probable qu'elle devienne un jour un fumeur régulier » ('Marketing et publicité pour les produits du tabac – Nouveaux éléments Vue d'ensemble des mesures légales et leur efficacité', CFPT, 2011). Il convient donc de tout faire pour retarder et empêcher le début de la consommation. Quant aux promotions, type « 3 pour 2 », elles s'adressent également aux jeunes, sensibles au prix.</p> <p>La loi doit faire en sorte que l'industrie du tabac ne puisse plus continuer à inciter les enfants et adolescents à fumer en utilisant des méthodes marketing sophistiquées (sur le point de vente, via des produits dérivés tels que des vêtements ou encore du sponsoring d'événements culturels). Avec ce projet de loi, les limitations de la publicité ne seront que marginales. Elle restera autorisée dans la plupart des publications, au cinéma, dans l'espace public et sur les lieux de vente. Des limitations purement partielles de la publicité n'entraîneront donc pas une réduction du marketing et des offres promotionnelles, mais uniquement une réorientation de ces efforts vers les lieux encore autorisés, telles que les lieux de vente (qui représentent déjà aujourd'hui près de la moitié de l'effort publicitaire total).</p> <p>Seule une interdiction générale de la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques peut être véritablement efficace pour réduire substantiellement la publicité. Les Verts demandent également une interdiction générale de la promotion et du parrainage. Un fonds pour soutenir les festivals et autres évènements culturels, sportifs qui devraient se « désaccoutumer » de ce financement pourrait être créé.</p>
Verts				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Verts				
Verts				

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

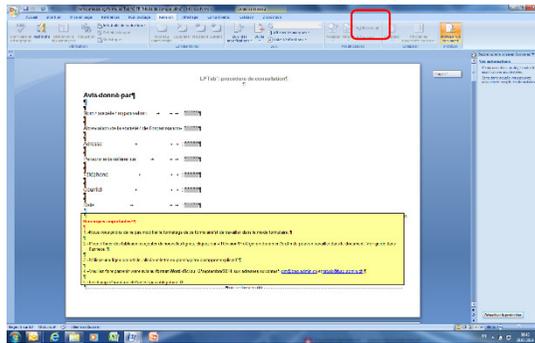
Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input checked="" type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

1 Désactiver la protection du document



Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

2 Insérer de nouvelles lignes

Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris (la ligne sélectionnée devient bleu)

Presser Control-C pour copier

Presser Control-V pour insérer

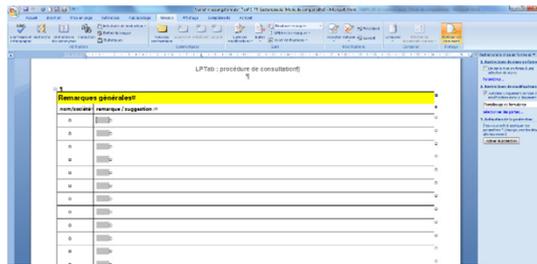


<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



3 Réactiver la protection du document



Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avis donné par

Nom / société / organisation : Parti socialiste suisse

Abréviation de la société / de l'organisation : PS

Adresse : Theaterplatz 4, 3011 Berne

Personne de référence : Jacques Tissot

Téléphone : 031 329 69 62

Courriel : jacques.tissot@pssuisse.ch

Date : 29 mars 2018

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : dm@bag.admin.ch et tabakprodukte@bag.admin.ch
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

Nous vous remercions de votre collaboration!

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Table des matières

Remarques générales _____	3
Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire ») _____	6
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire » _____	10
Projet de loi sur les produits du tabac _____	14
Notre conclusion _____	15
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes _____	Erreur ! Signet non défini.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
PS	<p>Par cet avant-projet de loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (ap-LPTab), le Conseil fédéral souhaite renforcer la protection de l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques. Le PS tient à renouveler son vif soutien aux intentions du Conseil fédéral et à l'élaboration d'une loi séparée. Le tabac étant à l'origine de 9'500 décès par année en Suisse, il représente la première cause de décès évitables et mérite donc que le législateur y accorde une attention particulière, notamment en matière de prévention. Cela est d'autant plus nécessaire que les produits du tabac ne sont plus réglementés dans la loi sur les denrées alimentaires.</p> <p>Néanmoins, pour le PS, le nouvel avant-projet est ostensiblement insuffisant en matière de prévention du tabagisme ainsi qu'en termes de protection des enfants et de la jeunesse. L'ap-LPTab est en contradiction avec une politique de santé basée sur les preuves scientifiques aussi bien sous l'angle médical que de la santé publique. Une telle politique est aux antipodes de l'état de la science. Il est indispensable que la loi remplisse les critères minimaux permettant la ratification de la Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac. Or, il est d'ores et déjà clair que l'ap-LPTab présente trop de lacunes. Le Conseil fédéral doit absolument revoir sa copie et remanier le projet en profondeur. Il en va aussi de la responsabilité du Parlement.</p>
PS	<p>D'une manière générale, la position du PS n'a pas changé en ce qui concerne la légitimation d'une intervention de l'Etat. Elle doit être:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) forte chez les mineur-e-s, dans une perspective de prévention des dégâts chez des personnes dont la capacité de discernement n'est pas toujours déjà suffisamment développée ; b) forte chez les tiers et non-consommateurs, qui restent concernés malgré les mesures qui ont déjà été prises, et c) solide pour les consommatrices/-eurs afin de s'assurer qu'elles/ils demeurent conscient-e-s des risques encourus. <p>Pour ces trois groupes, les mesures de prévention et de protection conservent toute leur importance.</p>
PS	<p>En Suisse, la publicité pour le tabac vise surtout à enrôler de nouveaux jeunes consommateurs (voir les résultats de 2014 de l'Observatoire des stratégies marketing pour les produits du tabac), mettant en lumière leur vulnérabilité et le besoin de mettre en place de véritables mesures de protection les concernant. Des mesures se justifient par ailleurs car le tabagisme est nettement plus répandu dans les classes socioéconomiques les plus défavorisées et engendre des inégalités de santé importantes (Marmot M. Smoking and inequalities. Lancet 2006;368:341–2). Les coûts directs liés au tabac frappent ainsi les populations les plus vulnérables ce qui accentuent encore la charge sur le système de sécurité sociale et, partant, les inégalités sociales.</p> <p>Dans cet esprit - et afin de remplir l'objectif de renforcement de la protection des enfants et de la jeunesse contre le tabagisme - le PS plaide en</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	<p>faveur d'une interdiction générale de la publicité, de la promotion et du parrainage pour les produits du tabac. Tout autre projet de loi prévoyant plus ou moins de restrictions dans ces trois domaines révélera des failles dans lesquelles l'industrie du tabac n'hésitera pas à s'engouffrer afin d'amener les jeunes et les enfants à consommer des produits du tabac. Les exemples sont multiples et mentionnés par le Conseil fédéral lui-même: la publicité placée à côté des bonbons ou des friandises ou encore dans les pages les plus lues par les jeunes dans les journaux gratuits. Par ailleurs, il sied de souligner qu'une simple restriction conduira l'industrie à concentrer les moyens publicitaires dans les domaines autorisés, soit dans les points de vente. Elle sera incitée à développer de nouvelles techniques commerciales pour amener les personnes à fumer, ce qui contrevient à l'esprit de cette loi.</p> <p>Le PS estime en outre qu'il est essentiel que l'interdiction de la publicité s'applique également aux cigarettes électroniques sans nicotine et les autres produits tombant sous le champ d'application de la loi afin de ne pas laisser une porte ouverte aux producteurs de cigarettes pour la promotion indirecte du tabagisme.</p>
PS	<p>Dans le contexte de la croissance des coûts de la santé et des primes de l'assurance-maladie, la lutte antitabac relève d'une importance capitale puisque la fumée est l'une des sources principales de ces augmentations, mis à part également le fait qu'il y a un nombre considérable d'années de vies perdues. Le nombre potentiel d'années de vie gagnées à travers l'arrêt du tabac est ainsi tout aussi important, même pour des fumeurs plus âgés (Jha and Peto 2014 N Engl J Med 2014;370:60-8.DOI: 10.1056/NEJMra1308383). Les mesures de prévention du tabagisme et celles encourageant l'arrêt de la fumée apportent des bénéfices conséquents en termes de santé populationnelle au regard de leurs coûts (Song F, Raftery J, Aveyard P, et al. Cost-effectiveness of pharmacological interventions for smoking cessation: a literature review and a decision analytic analysis. Med Decis Making 2002;22(Suppl 5):S26–37 ; Ranson et al. 2002. "Global and regional estimates of the effectiveness and cost-effectiveness of price increases and other tobacco control policies." Nicotine and Tobacco Research 4,311-19).</p>
PS	<p>Afin de lutter contre le commerce illicite et la contrefaçon, le PS revendique la mise en place d'un système de traçabilité (« Tracking and Tracing »). Le Conseil fédéral préfère y renoncer alors qu'il reconnaît lui-même l'utilité d'un tel système. Cela permet de suivre le parcours des produits sur toute la chaîne de production et de mieux lutter contre les falsifications en contrôlant la conformité des produits. Le protocole pour éliminer le commerce illicite des produits du tabac de 2012 – lequel vient compléter la Convention-cadre internationale de l'Organisation mondiale de la santé pour la lutte antitabac – prescrit l'instauration dudit système. L'UE a prévu sa mise en œuvre au travers de la directive 2014/40/UE sur les produits du tabac. Il ne faudrait pas qu'une non-participation de la Suisse aux efforts internationaux ne laissât apparaître des failles dans la coopération internationale douanière et policière. Le PS invite le Conseil fédéral à anticiper les décisions européennes et à combler les lacunes légales dès maintenant.</p> <p>Le commerce illégal de cigarettes représente un marché extrêmement lucratif. Selon la Banque mondiale, environ 30% des cigarettes exportées ont été mises sur les marchés en tant qu'articles de contrebande depuis 1999. Selon les estimations de l'UE, près de 10 milliards en recettes douanières échapperaient aux Etats membres et à l'UE chaque année. Il faut y ajouter les pertes en recettes issues de l'imposition sur le tabac et de la TVA. Le marché noir peut en outre constituer un incitatif pour les enfants et les jeunes à s'adonner au tabagisme puisque les produits du tabac y sont moins chers. Ces arguments justifient selon nous la mise en place d'un tel système.</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

PS	<p>Pour conclure ces remarques générales, le PS tient à mettre en exergue qu'il demeure pantois face à l'attitude du Parlement en 2016, qui a décidé - après un lobbying tant intensif que douteux de la part de l'industrie du tabac - de renvoyer le projet au Conseil fédéral pour l'affadir d'une manière conséquente. Ce faisant, la majorité bourgeoise a fait montre d'un refus crasse de faire son travail et de débattre d'un projet important en vue de la lutte antitabac, dans l'intérêt de la population et de la santé publique. A ce titre, le PS condamne fermement pareille attitude, laquelle repose sur la stricte défense des intérêts particuliers de l'industrie du tabac, farouchement opposée à toute mesure renforçant la prévention. Cela est d'autant plus incompréhensible que dans la mesure où les coûts de la santé ne cessent d'augmenter, il y a un intérêt prioritaire à s'attaquer aux racines de cette croissance et, partant, à lutter contre la prolifération des maladies non transmissibles en passant par un renforcement de la prévention.</p>
----	--

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)

nom/société	chap. n°	remarque / suggestion :
PS	1.3.1	<p>Le PS soutient les objectifs poursuivis par le Conseil fédéral, à savoir la protection de l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques ainsi que la diminution du nombre de décès et de maladies dus au tabac. Il souscrit de même à la prise en compte des produits alternatifs du tabac en plus des cigarettes conventionnelles.</p> <p>En revanche, le PS déplore le fait que l'exportation ne soit plus réglementée dans l'ap-LPTab. De fait, certains produits du tabac destinés à l'exportation dans des pays ne faisant pas partie de l'UE contiennent des concentrations de substances nocives plus fortes que celles autorisées par l'ordonnance sur le tabac actuellement en vigueur. La Suisse devrait également jouer un rôle et prendre ses responsabilités en matière de promotion de la santé publique dans les pays tiers.</p>
PS	1.3.2	<p>Sur la forme, le PS accueille favorablement la création de différentes catégories pour définir une réglementation adaptée aux différents types de produits. Par contre, nous estimons que les cigarettes électroniques sans nicotine devraient être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Elles ne sont non seulement pas sans danger pour la santé, mais elles véhiculent surtout une image positive de la cigarette et risquent de favoriser le passage à des produits plus addictifs.</p> <p>En ce qui concerne les produits du tabac à usage oral et produits du tabac à priser, l'avant-projet prévoit en particulier la libéralisation du snus. Le PS se prononce en faveur de ladite libéralisation. Ces produits existent déjà en Suisse. A l'instar de produits autorisés sur le marché suisse qui présentent certains dangers pour la santé et peuvent conduire à des addictions, le PS plaide en faveur d'une réglementation claire afin, d'une part, de poser des règles strictes en vue de la protection des enfants, des jeunes et des personnes ne consommant pas de produits du tabac et, d'autre part, de prévenir le développement d'un marché noir. Il s'agit en particulier de garantir un certain niveau de qualité des produits mis sur le marché. Ces remarques sont valables pour les produits à fumer à base de plantes et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine. Pour tous ces produits, il y a lieu d'instaurer une interdiction de la publicité et de remise aux mineur-e-s. Pour ce qui est des cigarettes électroniques, le PS demande l'interdiction de la consommation dans les lieux publics afin de protéger les personnes non consommatrices contre le tabagisme passif</p>
PS	1.3.3	<p>Le PS rejette l'abandon de la liste positive des additifs autorisés et son remplacement par une liste d'ingrédients interdits. En effet, les additifs ont toute leur importance dans le sens où ils favorisent la dépendance des personnes. Ils sont utilisés pour attribuer à la cigarette un arôme au caractère unique ou encore pour adoucir la fumée inhalée et réduire ainsi son effet irritant dans les voies respiratoires, ce qui affaiblit les signaux du corps face à la nocivité du produit consommé. Ces additifs banalisent la consommation des cigarettes et leur octroie un caractère agréable.</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

PS	1.3.3	<p>S'agissant des emballages, le PS regrette que le Conseil fédéral ne compte pas suivre la tendance internationale qui va vers l'introduction de l'emballage uniformisé. Celui-ci a déjà été introduit en Australie, en France, en Grande-Bretagne, en Irlande du Nord, en Irlande et en Norvège avec des résultats probants sur la réduction du tabagisme. Une introduction a été décidée en Nouvelle-Zélande (2018), en Hongrie (2018) et en Slovénie (2020), alors que d'autres Etats étudient cette possibilité. L'emballage sert la promotion d'un produit afin de le rendre plus attrayant. A défaut de l'inscrire dans la loi, le PS maintient qu'il y a lieu de prévoir l'option d'une introduction ultérieure, au niveau de l'ordonnance; cela aussi dans le but de se concorder avec la nouvelle directive européenne.</p> <p>Pour ce qui est des mises en garde, le PS Suisse exhorte le Conseil fédéral à reprendre les prescriptions européennes, où les mises en garde combinées recouvrent 65% des surfaces avant et arrière des emballages, contre 50% en Suisse. Le Conseil fédéral reconnaît lui-même que les mises en garde combinées sont un moyen efficace et peu onéreux pour informer les consommateurs/-trices sur les risques encourus. Il n'y a pas lieu de se démarquer de la réglementation européenne. Cela présenterait l'avantage de faire diminuer les coûts de régulation pour l'industrie.</p>
PS	1.3.4	<p>Dans le rapport explicatif, le Conseil fédéral décrit très bien les objectifs de la publicité et son utilisation par l'industrie du tabac : elle sert à vanter les mérites d'un produit pour accroître les ventes et, pour ce faire, elle fait largement recours aux émotions. Le PS salue la proposition du Conseil fédéral de soumettre également les cigarettes électroniques sans nicotine ainsi que les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac aux mêmes restrictions publicitaires que les cigarettes conventionnelles. Il est judicieux d'interdire la publicité visant à promouvoir, notamment, les cigarettes électroniques sans nicotine. A titre d'exemple, certains producteurs de bière mettent sur le marché de la bière sans alcool, dont le but principal consiste à doper la consommation de bière alcoolisée. Par analogie, le PS estime que la cigarette électronique sans nicotine pourrait tout à fait remplir ce rôle. De même, il accueille favorablement l'adaptation de l'interdiction actuelle de la publicité s'adressant aux jeunes aux supports publicitaires contemporains, en particulier la publicité dans les journaux gratuits. De même, il accueille favorablement l'interdiction de faire de la publicité au milieu des bonbons ou au niveau des yeux d'un enfant dans les points de vente.</p> <p>Nonobstant, ces restrictions n'empêcheront pas les entreprises du tabac de faire usage d'autres stratégies publicitaires pour inciter les enfants et surtout les jeunes à commencer à fumer. C'est pourquoi le PS milite pour une interdiction générale de la publicité, de la promotion et du parrainage des produits du tabac. Aux yeux du PS, il est primordial que la loi empêche les fabricants de continuer à inciter les mineur-e-s et les jeunes adultes à la consommation du tabac par le biais de tactiques manipulatoires. Par-là, nous entendons les illustrations ou les références faisant appel à des valeurs auxquelles aspirent les jeunes. L'impact d'une telle interdiction étant prouvé, nous ne voyons aucune raison de ne pas l'instituer.</p> <p>Plus particulièrement, cela suppose l'interdiction de la publicité dans les points de vente de produits du tabac, la publicité adressée personnellement à des consommatrices/-teurs majeur-e-s ou celle figurant sur des objets usuels ayant un rapport avec le tabac. A</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>l'heure actuelle, environ la moitié des mesures de commercialisation prises par l'industrie du tabac consiste dans la publicité dans les points de vente. La promotion au moyen de rabais s'adresse en particulier aux jeunes, dont le comportement est très souvent influencé par le prix et pour qui les actions de type « 3 produits pour le prix de 2 » sont attractives.</p> <p>L'interdiction générale de la publicité doit également s'appliquer aux activités de promotion et de parrainage. Le recours aux stands et/ou aux hôtesse revient selon nous à véhiculer une image positive des producteurs de tabac et, par conséquent, à accroître le volume des ventes. Pour des raisons à la fois éthiques et de promotion de la santé publique, le PS rejette ces pratiques. Ce sont les mêmes raisons qui nous poussent à refuser également d'accorder aux producteurs du tabac la possibilité de parrainer des activités ou des événements se déroulant en Suisse.</p>
PS	1.3.5	<p>Il est démontré que la majorité des fumeurs/-euses a commencé à fumer avant l'âge de 18 ans. C'est pourquoi le PS plaide en faveur d'une interdiction de remise de produits du tabac aux mineur-e-s et d'une harmonisation de l'âge minimum à 18 ans sur le plan national.</p> <p>Afin de contrôler le respect de cette réglementation, des achats tests pourront être réalisés, ce que le PS soutient sans réserve. Pour renforcer ces contrôles, nous nous rallions aux exigences des milieux de la prévention et demandons l'introduction d'une licence pour les points de vente. L'octroi de ladite licence devrait être payant et impliquer un engagement du titulaire à respecter les dispositions relatives à la protection de la jeunesse. De surcroît, pour éviter que l'interdiction de vente aux mineur-e-s ne soit contournée, il serait souhaitable de bannir l'offre de produits du tabac via les automates. Enfin, nous appuyons l'introduction d'une base légale permettant la poursuite administrative et pénale des commerçants bravant l'interdiction de vente des produits du tabac aux mineurs.</p> <p>Le PS soutient la libéralisation des différentes catégories de produits du tabac afin que leur remise puisse se faire de manière contrôlée et de prévenir le développement du marché noir. Néanmoins, il faut s'assurer que ces produits - y compris la cigarette électronique sans nicotine - soient soumis aux mêmes dispositions que les autres produits du tabac afin de ne pas entraîner les enfants et les jeunes dans la consommation de tabac plus nocif, et ainsi dans la dépendance à la nicotine.</p>
PS	1.3.6	<p>Le PS accueille favorablement les dispositions relatives à l'obligation de notification, qui devrait s'appliquer aux nouveaux produits fabriqués à partir d'autres matières que le tabac ou les produits chauffés. D'un point de vue de la prévention future et compte tenu du fait que les recherches concernant la toxicité de certains produits se poursuivent, il nous apparaît opportun de prévoir une telle notification afin que les autorités fédérales puissent réagir rapidement après le constat de la présence de telles ou telles substances.</p>
PS	1.6.2-1.6.3	<p>A bien des égards, l'ap-LPTab présente des dispositions bien trop larges par rapport à ce qui est de mise sur le plan international. En matière de prévention, le PS déplore l'absence de réglementations concernant la taille et la forme des paquets ainsi que l'usage des additifs. De même, nous jugeons que le projet devrait régler l'exportation des produits du tabac de manière à ce que ces derniers ne soient pas plus nocifs que ceux autorisés en Suisse. Le fait que le Conseil fédéral ne souhaite pas instaurer un système de traçabilité est tout aussi contestable. Enfin, de notre avis il est inacceptable que la Suisse fasse pratiquement figure de lanterne rouge dans le</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>domaine de la publicité, de la promotion et du parrainage. Le Conseil fédéral devrait y apporter quelques correctifs et adopter une position plus progressiste.</p> <p>Pour le PS, il est par ailleurs essentiel que le projet remplisse les exigences minimales requises pour la ratification de la Convention-cadre de l’OMS pour la lutte antitabac (CCLAT). Cette convention s’inscrit dans un effort international de la prévention contre le tabagisme et la Suisse devrait y apporter sa contribution. Elle se doit d’autant plus de montrer l’exemple qu’elle héberge le siège de l’OMS.</p>
--	--	---

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »

nom/société	art.	remarque / suggestion :
PS	1	<p>Le PS soutient l'objectif de protection de l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques. Il n'en demeure pas moins que le PS reste convaincu que les mesures énoncées n'auront pas l'effet escompté pour remplir l'objectif poursuivi par la loi. Elles n'entraîneront tout au plus qu'une réduction des possibilités de commercialisation pour les producteurs de tabac : la publicité restera autorisée dans la plupart des publications, au cinéma et sur les lieux de vente. Et puis les possibilités de parrainage ou de promotion ne connaîtront pas de restriction.</p> <p>Pour des raisons liées à la promotion de la santé publique, le projet de loi devrait inclure un objectif de réduction de la consommation tel qu'il figurait dans le projet renvoyé au Conseil fédéral.</p>
PS	2	<p>Il est prévu que l'ap-LPTab s'applique uniquement aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques avec nicotine. Or le PS considère que les cigarettes électroniques sans nicotine devraient être assimilées aux cigarettes électroniques avec nicotine. Il s'agit avant tout d'empêcher que les enfants et les jeunes ne commencent à consommer des produits du tabac et ne se tournent vers des produits plus nocifs contenant de la nicotine. Pour des raisons de lisibilité de notre position, nous n'allons pas répéter cette exigence dans tous les articles suivants et soulignons ici simplement que les dispositions <i>infra</i> applicables aux cigarettes électroniques avec nicotine devrait aussi l'être pour celles qui ne n'en contiennent pas.</p> <p>En outre, il nous apparaît essentiel que les objets et services qui portent la même marque que le produit du tabac ou une marque similaire fassent l'objet de restrictions. Sans cela, l'industrie du tabac aurait la possibilité de promouvoir ses produits au moyen d'autres objets tels que les vêtements.</p> <p>Enfin, le PS estime que le champ d'application de la loi devrait être étendu aux produits exportés. Il s'agit surtout des quantités maximales d'ingrédients pouvant être contenus dans les produits du tabac et d'émission de ces produits. Ces valeurs limites se retrouvent au sein de l'annexe 2 du présent avant-projet. Les prescriptions en matière d'emballage devraient également être valables pour les produits exportés. Plusieurs entreprises de l'industrie du tabac ont leur siège en Suisse. Par conséquent, la Suisse endosse une certaine responsabilité quant à la régulation des produits exportés. Il n'est pas tolérable que l'on admette l'exportation de cigarettes nettement plus nocives qu'en Suisse et que l'on ignore les effets dévastateurs dans les pays importateurs. Ce sont les pays aux ressources limitées qui seront particulièrement frappés et qui devront faire face à l'impact ravageur sur la santé de leur population. Les données statistiques démontrent que le nombre de décès liés au tabac depuis 2005 a explosé dans les pays en développement. Au surplus, cela contredit les objectifs suisses en matière de coopération au développement. Certains producteurs pourraient profiter de prescriptions du pays de destination potentiellement moins strictes pour ajouter à leurs produits des concentrations de substances nocives plus fortes qu'en Suisse. Il faut responsabiliser les entreprises vis-à-vis des pays tiers.</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

PS	4	<p>Concernant les dispositions relatives à la protection contre la tromperie, il est absolument incompréhensible que le Conseil fédéral souhaite opérer à un assouplissement par rapport au droit en vigueur. Cela serait contraire au mandat du Parlement, qui avait chargé le Conseil fédéral de reprendre les dispositions de l'Ordonnance sur le tabac. Un pareil assouplissement ouvrirait la porte à des indications trompeuses dans les autres domaines couverts par le droit en vigueur. Le PS exige que ces derniers soient repris dans le projet de la LPTab.</p> <p>Dans tous les cas, le PS reste persuadé que seule une interdiction globale de la publicité permettra de prévenir tout contournement de la législation en matière de protection contre la tromperie. A ce titre, il conviendrait de prévoir l'introduction du paquet neutre. L'emballage d'une marchandise a au final pour objectif de promouvoir une marque et pour rendre ses produits plus attrayants auprès de certains groupes cibles bien précis.</p>
PS	6	<p>Comme mentionné ci-dessus, le PS rejette l'abandon de la liste positive des additifs au profit d'une liste des ingrédients interdits. Le risque nous apparaît trop élevé que l'industrie se tourne vers de nouveaux composants chimiques ne figurant pas sur cette liste. Sous cette optique, ce changement contreviendrait aux objectifs de la loi. A noter que dans l'avant-projet soumis à l'appréciation du PS, le menthol fait défaut dans la liste des ingrédients interdits.</p> <p>Par ailleurs, le PS réitère sa demande selon laquelle il lui apparaît indispensable que les dispositions de cet article s'appliquent aux produits exportés.</p>
PS	12	<p>A défaut de devoir indiquer les teneurs en goudron, en nicotine et en monoxyde de carbone des émissions des produits du tabac, il nous apparaît primordial d'inscrire l'obligation de compléter les mises en garde dans le sens proposé. Il s'agit d'indiquer que la fumée contient plus de 70 substances cancérigènes. Le PS accueille favorablement cette nouvelle mise en garde.</p> <p>En revanche, nous rejetons fermement la possibilité donnée au Conseil fédéral d'exempter certains produits de l'obligation de porter les mises en garde. Il compte notamment le faire pour les cigares et les cigarillos. Or, premièrement, les produits visés à l'art. 3, let. b à f ne s'avèrent pas plus sains que les cigarettes conventionnelles. Ils sont tout au plus moins nocifs – ce qui reste encore à prouver pour certains types de produits. Deuxièmement, les produits du tabac ont une certaine attirance pour les enfants et les jeunes en raison de certaines images positives qu'ils véhiculent.</p> <p>Au demeurant, et malgré tout, le PS privilégie l'instauration d'un emballage neutre.</p>
PS	13	<p>Sous la forme, le PS soutient les mises en garde prévues pour les produits sans fumée, les produits à fumer à base de plantes et les cigarettes électroniques avec nicotine. Sur le fond, le PS demande que l'on applique à tous les produits une mise en garde combinée au sens de l'art. 12, al. 1, let. c sur l'emballage. Pour ce qui est des cigarettes électroniques, le PS revendique l'adoption d'une mise en garde correspondant à celle appliquée aux produits du tabac à chauffer, à priser ou à usage oral. Ainsi, il est avéré que les cigarettes électroniques libèrent également des substances nocives pour la santé. La formulation proposée dans l'avant-projet laisse</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		entendre que seule la nicotine présente un danger.
PS	14	Le PS exige que les mises en garde combinées recouvrent au moins 65% des deux faces (recto et verso) du paquet et se situent dans la moitié supérieure du paquet conformément à la nouvelle directive européenne adoptée le 3 avril 2014. Les mises en garde latérales doivent occuper au moins 50% de la surface. En comparaison internationale, la Suisse ne fait aujourd'hui pas figure d'exemple sur le sujet. La tendance internationale va vers une extension des mises en garde. Il est prouvé que ces dernières constituent un instrument tant efficace qu'économique pour avertir les non-fumeurs/-euses des dangers liés au tabagisme. Il faut prêter une attention particulière aux enfants et aux jeunes, car ceux-ci se soucient moins des risques pour leur santé. En ce sens, des avertissements compréhensibles et visibles s'avèrent adéquats.
PS	16	Pour les raisons évoquées plus haut et au nom de la protection de la jeunesse contre le tabagisme, il nous apparaît primordial que les cigarettes électroniques sans nicotine soient soumises aux mêmes règles que celles contenant de la nicotine. Dans cette optique, la notice d'information prévue doit impérativement être jointe aux emballages des cigarettes électroniques sans nicotine.
PS	17	<p>Le PS se prononce en faveur d'une interdiction complète de la publicité, de la promotion et du parrainage en faveur des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine ainsi que des objets formant une unité fonctionnelle avec un produit du tabac. Etant donnés les moyens publicitaires engagés par l'industrie du tabac, une telle interdiction constitue un élément essentiel de la lutte antitabac. Il est désormais prouvé que pareille mesure conduit à une réduction de la consommation d'environ 7%. Dans certains pays, elle atteint même 16%. Cela nous semble d'autant plus justifié que les jeunes sont l'un des principaux publics cibles de l'industrie du tabac. Par conséquent, la mise en place de restrictions sera insuffisante puisque les producteurs de tabac se tourneront vers d'autres niches ou en développeront de nouvelles afin de respecter les prescriptions légales tout en attirant les jeunes et les enfants vers leurs produits et la dépendance.</p> <p>Par ailleurs, le projet doit impérativement contenir une réglementation de la promotion et du parrainage. Ces activités associent le tabagisme à des images positives et agréables. De fait, le parrainage peut produire des effets pervers telle la banalisation de la consommation du tabac, et par conséquent, de la maladie et de la mort. L'on constate que l'industrie du tabac a tendance à se montrer très présente aux événements s'adressant aux jeunes tels que les festivals en plein air. L'interdiction du parrainage est donc une mesure incontestablement importante en vue de la réduction de l'attrait du tabagisme. Au reste, en raison des activités de parrainage, les organisateurs/-trices d'événements culturels, sportifs ou sociaux tissent des liens de dépendance financière dangereux avec l'industrie du tabac si bien que la politique est indirectement influencée dans ses décisions relatives à la cigarette. Le renvoi du premier projet de loi sur les produits du tabac est un cas d'école.</p> <p>De plus, la promotion au moyen de rabais ou de stands encadrés par des hôtesse s'adressent en particulier aux jeunes. Leur comportement est très souvent influencé par le prix et les actions de type « 3 produits pour le prix de 2 » sont attractives tout comme la remise de cadeaux ou de gains. Il convient de mentionner ici que les rabais accordés dans le cadre d'activités de promotion sapent</p>

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>la politique des prix, qui vise à réduire l'attrait de l'achat de produits du tabac. Elles réduisent ainsi les obstacles à l'achat.</p> <p>Pour des raisons à la fois éthiques et de promotion de la santé publique, le PS rejette toutes ces pratiques.</p>
PS	19	<p>D'un point de vue du fédéralisme, cet article nous apparaît indispensable. Les cantons doivent, comme aujourd'hui, avoir la possibilité de réglementer davantage, surtout eu égard au caractère minimaliste du présent avant-projet.</p>
PS	20 et 21	<p>La PS salue l'harmonisation de l'âge minimum pour la remise de produits du tabac et de cigarettes électroniques avec ou sans nicotine. La vente au moyen d'automates affaiblit les possibilités de contrôle et facilite l'accès des mineurs aux produits du tabac (en chargeant par exemple une personne adulte de les acheter), ce pourquoi le PS demande instamment leur suppression.</p> <p>De même, nous manifestons notre ferme soutien à l'élaboration d'une base légale pour effectuer des achats tests. Ces derniers sont essentiels pour contrôler le respect de l'âge légal minimum de remise.</p>
PS	34	<p>En matière d'information du public, le PS apporte son soutien aux dispositions prévues, qui constitueront notamment la base légale pour la réalisation de campagnes de prévention. Il tient toutefois à souligner qu'il est également nécessaire de fournir les informations relatives aux risques connus ou soupçonnés pour la santé en ce qui concerne les cigarettes électroniques sans nicotine.</p>
PS	48	<p>De l'avis du PS, les dispositions transitoires sont trop floues. Il n'y a aucune raison pour laisser les producteurs ou points de vente constituer des stocks importants avant l'entrée en vigueur définitive du nouveau droit. Ces stocks pourraient ensuite être revendus durant une période trop longue malgré le fait que les produits ne correspondent plus aux prescriptions légales ayant cours.</p>

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avant-projet de loi sur les produits du tabac

nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
PS				
PS				

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input checked="" type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

dm@bag.admin.ch
tabakprodukte@bag.admin.ch

Bern, 23. März 2018

Bundesgesetz über Tabakprodukte (TabPG)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP lehnt den zweiten Entwurf für ein Tabakproduktegesetz in dieser Form ab. Das Parlament hat die erste Vorlage zurückgewiesen und dem Bundesrat mehrere klare Aufträge erteilt. Der Bundesrat hat diese nur teilweise erfüllt.

National- und Ständerat haben einen ersten Entwurf für das Tabakproduktegesetz 2016 an den Bundesrat zurückgewiesen. Dabei haben sie den Bundesrat beauftragt, die wichtigsten Punkte der heutigen Verordnung über die Tabakprodukte in ein Gesetz zu überführen. Ziel der Rückweisung war, dass der neue Entwurf nicht mehr so stark von einem ideologischen Geist der Bevormundung geprägt ist wie die erste Vorlage. Das ist aber leider nicht der Fall. Aus Sicht der SVP sind daher verschiedene Punkte zu revidieren.

Innovative Produkte und Schutz vor Passivrauchen

Wir begrüssen die Legalisierung von E-Zigaretten mit Nikotin und Snus. Diese sollte jedoch zeitlich vorgezogen werden, da diese Produkte eine tiefere Schädlichkeit als klassische Tabakprodukte aufweisen. Insbesondere lassen diese keinen Rauch entstehen, was auch die Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz vor Passivrauchen überflüssig macht. In Bezug auf die geringere Schädlichkeit dieser Produkte sollen Konsumenten auch auf der Verpackung informiert werden dürfen.

Produktion für den Export

Das Gesetz soll explizit auf Produkte beschränkt werden, die für den Schweizer Markt bestimmt sind. In Art. 2 E-TabPG ist deshalb der Geltungsbereich auf Produkte für den *Schweizer* Markt zu beschränken. Einschränkungen für Produkte, die für den Export bestimmt sind, wären eine direkte Gefährdung des Schweizer Produktionsstandortes und der damit zusammenhängenden Wertschöpfung.

Neue Produktvorschriften

In Art. 11 Abs. 1 lit. a und Art. 5 Abs. 1 lit. b E-TabPG sind neue, nicht nachvollziehbare Produktvorschriften vorgesehen. Produkte ohne Zusatzstoffe dürften nicht mehr entsprechend bezeichnet werden. Menthol-Zigaretten, obwohl seit Jahrzehnten im Verkauf, könnten verboten werden. Die Herstellung und die Verkäufe dieser Produkte sind wichtig für die Schweizer Produktionsbetriebe und den Schweizer Detailhandel. Die entsprechenden Artikel, die dem Rückweisungsantrag entgegenstehen, sind deshalb zu streichen.

Wegfall von Konsumenteninformationen

Konsumenten orientieren sich mit der Angabe der Emissionswerte der Zigaretten über deren Eigenschaften. Die Teer-, Nikotin- und Kohlenmonoxidwerte geben keine Auskunft über die Schädlichkeit, jedoch über den Geschmack einer Zigarette. Diese Information hilft bei der Unterscheidung der verschiedenen Produkte, weshalb in der Tabakprodukteverordnung sogar noch eine Kennzeichnungspflicht bestand. Ein Verbot dieser Information ist unnötig. Art. 11 Abs. 1 lit. b ist deshalb zu streichen.

Warnhinweise

In Art. 12 Abs. 1 lit. a E-TabPG ist der Warnhinweis zu beschränken auf «Rauchen ist tödlich». Auf den Zusatz «hören Sie jetzt auf» ist zu verzichten. Es ist weder Aufgabe des Staates noch der Hersteller, dem Konsumenten vorzuschreiben, welche Folgerungen er aus der Tatsache zieht, dass Rauchen die Gesundheit schädigt.

Bei Art. 16 E-TabPG ist in Abs. 2 auf die Buchstaben c-f zu verzichten. Die Warnhinweise im 3. Abschnitt des E-TabPG genügen. Alle darüber hinausgehenden Produkteinformationen führen nur zu überflüssigem Mehraufwand für die Hersteller. Auch auf den Hinweis in Art. 16 Abs. 1 lit. b, dass das Produkt für den Gebrauch durch Minderjährige nicht empfohlen wird, ist zu verzichten, da die Abgabe an Minderjährige sowieso verboten ist.

Werbung

Anders als im parlamentarischen Rückweisungsantrag verlangt, verbietet Art. 17 Abs. 2 E-TabPG Werbung nicht nur dort, wo sie sich speziell an Minderjährige richtet. Insbesondere das in Art. 17 Abs. 2 lit. a und b E-TabPG vorgesehene Werbeverbot in kostenlosen Zeitungen und im Internet steht im fundamentalen Widerspruch zum Rückweisungsantrag. Ebenfalls wenig zielführend ist das Werbeverbot neben Bonbons, Kaugummis und Süssigkeiten gemäss Art. 17 Abs. 2 lit. c. E-TabPG. Kinder, die salzige Snacks bevorzugen, wären damit ja nicht vor Werbung geschützt. Die Festlegung der Mindesthöhe von 1.20 m für das Anbringen von Werbung dürfte sogar kontraproduktiv sein. Viele Kinder in dieser Grösse sind noch gar nicht des Lesens fähig. Dafür wären Kinder, die über 1.20 m gross sind, verstärkt der Werbung ausgesetzt.

Auch würde mit diesem Verbot erstmals vorgeschrieben, wie eine Verkaufsstelle genau auszusehen hätte und an welchen Stellen Werbung erlaubt ist. Dieser massive Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist nicht gerechtfertigt.

Aus diesen Gründen ist Art. 17 Abs. 2 ersatzlos zu streichen.

Kantonale Vorschriften

Art. 19 E-TabPG ist ersatzlos zu streichen. Da das TabPG in die Hoheit der Kantone eingreift, steht auch ohne diesen Artikel fest, dass die Kantone weitergehende Beschränkungen erlassen können, sofern sie das möchten.

Abgabe an Minderjährige

Art. 20 Abs. 3 E-TabPG ist dahingehend abzuändern, dass die entsprechenden Produkte nur in Automaten verkauft werden dürfen, wenn Kontrollmassnahmen den Erwerb durch Minderjährige verunmöglichen. Es gibt kaum einen Standort, bei dem ausgeschlossen werden kann, dass er für Minderjährige unzugänglich ist. Das Kriterium der Zugänglichkeit eines Automaten ist daher nicht zielführend.

Selbstkontrolle

Art. 22 Abs. 2 E-TabPG ist zu streichen. Eine weitergehende Regelung der Selbstkontrolle durch den Bundesrat bringt keinen Mehrwert, sondern lässt nur neue, ideologisch begründete Regulierungen befürchten.

Vollzug

Die Art. 30, 31 und 32 E-TabPG sind ersatzlos zu streichen. Sie würden zu einem unnötigen finanziellen und personellen Mehraufwand in der öffentlichen Verwaltung führen. So mag die «Teilnahme von Fachleuten aus der Schweiz an internationalen Netzwerken, die im Bereich der Tabakprävention tätig sind» für die jeweiligen Fachleute eine gute Gelegenheit sein, ihre Reiselust zu stillen. Mit dem in Art. 1 formulierten Zweck des Gesetzes kann aber kaum mehr ein Zusammenhang hergestellt werden.

Zusätzlich ist festzuhalten, dass die Kantone keine Kapazitäten für neue Staatsaufgaben haben.

Information der Öffentlichkeit

In Art. 34 Abs. 1 E-TabPG ist der Begriff «vermutete» zu streichen. Die Behörden haben die Öffentlichkeit nicht über ihre Vermutungen zu unterrichten, sondern einzig über empirisch belegbare Gesundheitsrisiken.

Strafbestimmungen

In Art. 42 E-TabPG ist der Ausdruck «in unerwarteter Weise» ersatzlos zu streichen. Die Händler oder Hersteller können nicht für Gefährdungen haftbar gemacht werden, die gar nicht zu erwarten waren.

Des Weiteren sind die Strafbestimmungen dahingehend anzupassen, dass gegenüber dem ersten Entwurf keine Erweiterung der Strafbarkeit vorgenommen wird. Die Absätze 4 und 5 von Art. 43 E-TabPG sind daher zu streichen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Albert Rösti
Nationalrat

Gabriel Lüchinger

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avis donné par

Nom / société / organisation : Union démocratique du centre, canton de Vaud

Abréviation de la société / de l'organisation : UDC Vaud

Adresse : Rue de la Louve 1, 1003 Lausanne

Personne de référence : Jacques Nicolet, Président

Téléphone : 021 806 32 90

Courriel : secretariat@udc-vaud.ch

Date : 22 mars 2018

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : dm@bag.admin.ch et tabakprodukte@bag.admin.ch
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

Nous vous remercions de votre collaboration!

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Table des matières

Remarques générales _____	3
Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire ») _____	6
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire » _____	9
Projet de loi sur les produits du tabac _____	12
Notre conclusion _____	18
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes _____	19

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
UDC Vaud	Dans l'ensemble de la LPTab, il faut impérativement tenir compte de la volonté du Parlement de traiter de manière différenciée les nouveaux produits de consommation de tabac sans combustion.
UDC Vaud	Toute restriction allant au-delà de la LPTab est contraire au mandat de renvoi donné par le Parlement.
UDC Vaud	En tenant compte de la nécessaire différenciation des produits, il faut que la nouvelle LPTab puisse s'adapter aux développements technologiques, en ouvrant la possibilité de soumettre de futurs produits à la loi de façon rapide et adéquate.
UDC Vaud	

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud	

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud	

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)		
nom/société	chap. n°	remarque / suggestion :
UDC Vaud		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud		

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »		
nom/société	art.	remarque / suggestion :
UDC Vaud		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud		

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud		

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avant-projet de loi sur les produits du tabac				
nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
UDC Vaud	1			Modifier comme suit : La présente loi a pour but de limiter les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques.
UDC Vaud	2	4		Ajout d'un al. 4 : Le Conseil fédéral peut, sur demande motivée, soumettre à la présente loi d'autres produits contenant de la nicotine.
UDC Vaud	4	2		Modifier comme suit : Ils sont réputés trompeurs lorsqu'ils induisent en erreur le consommateur sur les effets sur la santé, les risques ou les émissions du produit.
UDC Vaud	5	1	b	Modifier comme suit : augmente de manière significative leur toxicité inhérente.
UDC Vaud	11	1	b	Supprimer l'entier de la let. b.
UDC Vaud	13		a	Modifier comme suit : pour les produits du tabac à chauffer, à priser ou à usage oral : "Ce produit du tabac nuit à votre santé et crée une dépendance".
UDC Vaud	13		c	Modifier comme suit : pour les cigarettes électroniques avec nicotine : "La nicotine contenue dans ce produit crée une dépendance".
UDC Vaud	17	2	a	Supprimer l'entier de la let. a.
UDC Vaud	17	2	b	Supprimer l'entier de la let. b.
UDC Vaud	18	1		Supprimer l'entier de l'al. 1
UDC Vaud	18	2		Supprimer l'entier de l'al. 2
UDC Vaud	19			Supprimer l'entier de l'art. 19
UDC Vaud	22	2		Supprimer l'entier de l'al. 2

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud	28			Supprimer l'entier de l'art. 28, al. 1, 2 et 3.
UDC Vaud	31			Supprimer l'entier de l'art. 31, al. 1 et 2.
UDC Vaud	32			Supprimer l'entier de l'art. 32, al. 1 et 2 let. a et b.
UDC Vaud	34	1		Modifier comme suit : Les autorités fédérales et cantonales compétentes informent le public des risques pour la santé connus que présentent les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec nicotine.
UDC Vaud	Annexe 3; 2. Loi fédérale du 3 octobre 2008 sur la protection contre le tabagisme passif art 2	1	b	Supprimer l'entier de la let. b.
UDC Vaud				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud				

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

UDC Vaud				

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input checked="" type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

1 Désactiver la protection du document

The screenshot shows a Microsoft Word window with the title 'Vernehmlassungsformular_TabPG_FR [Mode de compatibilité]'. The ribbon is set to 'Révision'. The 'Protège un document' button in the 'Révision' group is highlighted with a red box. The document content includes a form titled 'LPTab*:procédure-de-consultation*' with the following fields:

- Nom / société / organisation → → → : []
- Abréviation de la société / de l'organisation: []
- Adresse → → → : []
- Personne de référence → → → : []
- Téléphone → → → : []
- Courriel → → → : []
- Date → → → : []

Below the form is a yellow box containing 'Remarques importantes' with the following instructions:

- 1.-Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire et de travailler dans le mode formulaire.
- 2.-Pour effacer des tableaux ou ajouter de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
- 3.-Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
- 4.-Veuillez faire parvenir votre avis au format Word d'ici au 12 septembre 2014 aux adresses suivantes: dm@bag.admin.ch et tabak@bag.admin.ch.
- 5.-Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

At the bottom right of the document, a 'Désactiver la protection' button is highlighted with a red box. The status bar at the bottom shows 'Page: 1 sur 13 | Mots: 659 | Allemand (Suisse) | 99 % | 09:43 | 20.05.2014'.

Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

2 Insérer de nouvelles lignes

Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris (la ligne sélectionnée devient bleu)

Presser Control-C pour copier

Presser Control-V pour insérer



3 Réactiver la protection du document

